

Julia Müller

**Synopse der Diskussion
um die Programmatischen Eckpunkte
zur Bildung einer neuen Linkspartei**

September 2006



	Seite
Einleitung	2
1. Analyse bestehender Verhältnisse	3
Die Struktur	3
Der Tenor	13
2. AdressatInnen – Bündnispartner – Selbstverständnis	15
AdressatInnen & BündnispartnerInnen	15
Regierungsbeteiligung	22
3. Sozialismus-Vorstellungen	24
4. Geschlechterverhältnisse	30
5. Staat – Gemeinwesen – Eigenverantwortung	36
6. Arbeit, soziale Sicherung und zukünftiges Wirtschaften	39
7. Internationale Politik – Frieden – Europa	47
Quellenverzeichnis	55

Einleitung

Die Programmatischen Eckpunkte zur Bildung einer neuen Linkspartei haben seit ihrer Veröffentlichung im Februar 2006 einen intensiven Diskussionsprozess in WASG und Linkspartei.PDS befördert. Neben einer großen Breite konstruktiver Einzelbeiträge innerhalb und außerhalb der beiden Parteien ist die gemeinsame Debatte vor allem durch eine Reihe kollektiv erarbeiteter Beiträge und Plattformen geprägt. Sie arbeiten parteiübergreifend unterschiedliche Schwerpunkte für eine Neue Linke in Deutschland heraus und verdeutlichen damit anschaulich den Stand der gegenwärtigen strategischen wie inhaltlichen Diskussion. Ebenso beschreiben sie im Vergleich ein präzises Bild der gegenwärtigen Hauptfelder der politischen Auseinandersetzung für die Linke. In diesem Prozess kommt den Programmatischen Eckpunkten damit eine doppelte Funktion zu: als "Katalysator" des inhaltlichen Findungsprozesses einer neuen linken Partei in Deutschland benennen sie Widersprüche und Fragen für eine offene, einladende Diskussion; durch die in ihnen festgeschriebenen Festlegungen für ein politisches Grundverständnis zwingen sie gleichzeitig zu deutlichen Positionierungen in der laufenden Debatte.

Die vorliegende Synopse wird diese Positionierungen darstellen und sie gebündelt nach zentralen politischen und strategischen Themen in einen Dialog setzen.

Grundlage dafür sind jene Positionspapiere, die in den letzten Monaten von kollektiven AkteurInnen in beiden Parteien überregional veröffentlicht wurden. Der Umfang der Synopse ist dabei auf innerparteiliche Positionen beschränkt; diese Auswahl klammert – zum Bedauern der Autorin – die Vielzahl wichtiger kritisch begleitender Beiträge aus Wissenschaft, Bewegungen und linken Initiativen aus, deren Berücksichtigung für den weiteren Parteibildungsprozess unabdingbar sein wird, will die neue Partei Bezugspunkt für eine plurale Linke in der Bundesrepublik sein.

Die Synopse soll als Material einen konstruktiven Beitrag für die weitere Programmdiskussion in WASG und Linkspartei.PDS liefern und die politische Vielfalt linker Positionen für ein gemeinsames (Partei-)Projekt dokumentieren.

Berlin im September 2006

Julia Müller

1. Analyse bestehender Verhältnisse

Von zentraler Bedeutung für das Grundverständnis der untersuchten Texte ist ihre Analyse der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und der daraus hervorgehenden Problemfelder. Allen Dokumenten ist gemein, dass sie dieser Analyse einen hohen Stellenwert beimessen und die weiteren konkreten Politiken und Forderungen aus der so transparent gemachten Gesamtperspektive entwickeln.

Dieses Herangehen – so wird in den weiteren Kapiteln zu zeigen sein – kann als starke Gemeinsamkeit eines linken Politikverständnisses gewertet werden. Es formuliert gerade keinen "Gemischtwarenladen" unzusammenhängender Forderungen, sondern entwickelt einen differenzierten Begründungszusammenhang mittelfristiger gesellschaftlicher Zielvorstellungen und kurzfristiger politischer Maßnahmen.

Die Unterschiede der Positionen werden nachfolgend unter zwei Gesichtspunkten dargestellt: der inneren Struktur der Analysen, differenziert nach deren inhaltlichem Aufbau (bei umfangreicheren Darstellungen), ihren Kernthemen und Thesen und ihrer historischen Verortung des gegenwärtigen Kapitalismus. Zweitens soll auf den zugrunde liegenden Tenor der Dokumente eingegangen werden.

Die Struktur:

Die **Programmmatischen Eckpunkte** haben mit der **Dreiteilung** ihrer Analyse den Weg von der Beschreibung des Status quo gesellschaftlicher Entwicklungen über seine Widersprüche und Herausforderungen beschrieben.

Die Präambel setzt klare politische Prioritäten, indem sie Ziele für ein gemeinsames Handeln der Linken benennt: die Regulierung und Demokratisierung der Wirtschaft, gleiche gesellschaftliche Teilhabe, Ausbau solidarischer Sicherungssysteme, Aufhebung gesellschaftlicher Unterdrückungsverhältnisse und eine internationale Friedensordnung.

In einem zweiten Teil werden "Widersprüche in der gegenwärtigen Gesellschaft", von den Entwicklungen in der Arbeitswelt, Geschlechtergerechtigkeit, sozialer Ungleichheit, öffentlicher Verschuldung, Bildung, regionaler Unterentwicklung, Umweltkrise, Entdemokratisierung und Globalisierung, bis hin zum demographischen Wandel, aufgelistet. Gewichtungen und strukturelle Zusammenhänge dieser Themen bleiben allerdings unklar. Kritisiert wird dieses Defizit v.a. durch die Landesfachkommission Frauen der WASG Niedersachsen.

Als "Politische Alternativen" werden darauf aufbauend zentrale Themenfelder entwickelt, die eine kritische Analyse der bestehenden Problemlagen mit konkreten politischen Forderungen

und offenen Diskussionspunkten in der gesellschaftlichen Linken verbinden.

Die **Kernthese** der Programmatischen Eckpunkte kann folgendermaßen formuliert werden: "Im heutigen Kapitalismus sind Entwicklungsmöglichkeiten hervorgebracht worden, die eine andere Welt möglich machen; die Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums, der Zuwachs an Wissen, Individualität und Autonomie für Millionen Menschen in Beruf und privatem Leben sowie die Internationalisierung der Wirtschaft bergen emanzipatorische Chancen. Zugleich ist diese Entwicklung mit gravierenden Fehlentwicklungen und sozialen Gegensätzen verknüpft.

Unser Leitbild ist eine Gesellschaft, die gleiche Teilhabe für jede und jeden an elementaren Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in Freiheit, sozialer Sicherheit, Würde und in Solidarität mit anderen gewährleistet. Um das zu erreichen, wollen wir eine Veränderung der Macht- und Verteilungsverhältnisse in der Wirtschaft und der Gesellschaft. Notwendig ist die Überwindung aller der Profitdominanz zugrunde liegenden Eigentums-, Verfügungs- und Herrschaftsverhältnisse, "in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Marx). Demokratischer Sozialismus in diesem Sinne ist ein emanzipatorischer und transformatorischer Prozess, der in der heutigen Gesellschaft beginnt und zugleich über diese hinausweist.

Davon geleitet wollen wir den *Einstieg in einen alternativen Entwicklungsweg*. Die Grundrichtungen der wirtschaftlichen Entwicklung dürfen nicht dem Markt überlassen werden, sondern es ist notwendig, sie demokratisch zu steuern. Wir wollen eine Erneuerung der Demokratie, die es ermöglicht, die *Verfügung über sämtliche Formen des Eigentums* sozialen Kriterien zu unterwerfen. Im öffentlichen Eigentum sehen wir eine unverzichtbare Grundlage der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Bereitstellung öffentlicher Güter. Wir wollen den öffentlichen Sektor stärken."

Die **historische Verortung des gegenwärtigen Kapitalismus** definiert sich hier über die Krisenprozesse des Kapitalismus seit den frühen 70er Jahren und dem damit verbundenen Aufstieg des Neoliberalismus zur herrschenden Ideologie. Unter der neoliberalen Hegemonie hat sich eine Politik der Deregulierung, Privatisierung und Flexibilisierung durchgesetzt, ohne dass sich die beanspruchte Rückkehr zu einer wirtschaftlichen Prosperität eingestellt hätte.

"Die neoliberale Globalisierung jedoch hat eine Spur der Zerstörung durch alle Teile der Welt gezogen. Mit dem Argument der Globalisierungszwänge wurden soziale und öko-

logische Standards zerschlagen, Beschränkungen der Finanzmärkte eingerissen, Produktionsstätten vernichtet und nationale Ökonomien untergraben. Die Radikalität der Märkte hat zur weltweiten unkontrollierten Herrschaft transnationaler Konzerne geführt. Aber: Vor den tatsächlichen globalen Herausforderungen haben neoliberale Konzepte und Ideologien versagt."

Das **Marxistische Forum** geht in seiner Kritik an den Programmatischen Eckpunkten von einem nach wie vor bestehenden Dissens der Linken in der Bewertung des (gegenwärtigen) Kapitalismus aus. "Das hat zur Folge, dass die Differenzen unter Linken in einer historisch so komplizierten und gefährlichen Umbruchssituation nicht verschwunden sind und ein Teil der Linken sich nach wie vor als kommunistisch versteht." Die Analyse dieser Umbruchssituation steht bei einem programmatischen Verständigungsprozess im Zentrum: "Auch die Kapitulation des "Wunschpartners" SPD hat tiefere Ursachen als den Opportunismus einiger Führer. Ohne die Analyse der heutigen Welt kann kein Transformationsprojekt überzeugen. "Es kann sich herausstellen, dass die soziale und demokratische Regulierung des Kapitalismus angesichts der Kräfteverhältnisse fast so utopisch ist wie seine Abschaffung. Wer wähnt, den Tiger reiten zu können, sollte den Tiger zunächst studieren" warnt W. F. Haug (W.F. Haug und F. Haug, Hrsg., Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden, Berlin 2002, S. 13.)."

Die **Kernthese** des Marxistischen Forums liegt in ihrer geschlossenen, fast widerspruchsfreien Beurteilung der gegenwärtigen Verhältnisse: Sie eröffnen ihre Position mit Karl Marx: "1853 fragte er, ob die Bourgeoisie je einen "Fortschritt zuwege gebracht" habe, "ohne Individuen wie ganze Völker durch Blut und Schmutz, durch Elend und Erniedrigung zu schleifen?" (MEW 9/224)" und folgern für die heutige Entwicklung: "Das Ende der neoliberalen Offensive ist gegenwärtig nicht abzusehen. Die Verkündung eines jetzt und heute beginnenden "transformatorischen Prozesses" ist unter diesen Bedingungen eine Illusion, ist Selbsttäuschung oder Täuschung anderer."

Als Konsequenz formuliert das Marxistische Forum eine Position des Widerstands im Sinne des – auch in die Eckpunkte aufgenommenen – Strategischen Dreiecks: "Stimmt man dieser Analyse zu, so muss in der Politik der Partei der Widerstand im Mittelpunkt stehen, besitzt die Festlegung des PDS-Programms von 2003 nach wie vor Aussagekraft: In der PDS hätten "sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegenzusetzen und die die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren

Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden".

Historisch verortet wird der gegenwärtige Kapitalismus wie folgt: "Es ist offenbar, dass der Konkurrenzlose Kapitalismus seinen Sieg über das andere System bis zur Neige ausnutzt. Ein welthistorischer Umschwung, der bereits in den 70er Jahren begonnen hatte, fand 1990/91 seinen Abschluss und besiegelte den Beginn einer neuen Epoche als Wiederherstellung (Restauration) der kapitalistischen Weltherrschaft auf neuem technischen, ökonomischen, sozialen und politischen Niveau. Dieser Epochenbruch hat das Kräfteverhältnis weltweit tief greifend verändert. Die Chancen für eine andere Politik sind kurz- und mittelfristig erheblich geringer geworden. "

In vergleichbarem Umfang wie die Programmatischen Eckpunkte setzt die **SL** auf eine **Gliederung**, die die "zunehmende Unsicherheit und Ungleichheit" an den Anfang setzt. Darauf folgt die für die SL auch in der strategischen Ausrichtung zentrale Beschreibung der "Veränderungen der gesellschaftlichen Arbeit". Diese sind eingebettet in den "Neoliberalismus" und "neoliberale Mythen" als herrschender Ideologie eines modernen Kapitalismus. Mit dem Kapitel "Kapitalismus und herrschende Politik als Krisenursachen" wird ein weiterer Schwerpunkt der Analyse eingeleitet: die historische (ökonomische) Entwicklung der Bundesrepublik und "Das Ende des Rheinischen Kapitalismus" als zentralem Bezugssystem werden u.a. mit der "Stärkung des Finanzsektors" und der Entwicklung von "High Tech und Globalisierung" begründet. Das an den "Geschichtlichen Wandel" anschließende Kapitel "Das Ende des Staatssozialismus" verweist auf die Systemkonkurrenz zwischen DDR und BRD und behält damit die das gesamte Dokument prägende westdeutsche Perspektive bei.

Kernthema der Analyse der SL ist die krisenhafte Entwicklung des "flexiblen, finanzgetriebenen Kapitalismus" und seiner gegenwärtigen Ausbeutungsstrukturen: "In den letzten Jahrzehnten ist der Widerspruch zwischen den produktiven Möglichkeiten der Menschen und der Wirklichkeit ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse immer größer geworden. Die Wirtschaft findet zu keinem dauerhaften Wachstumspfad. Ein sich selbst tragender Aufschwung, der zu einem deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit führen könnte, ist nicht in Sicht. Die wachsende Massenarbeitslosigkeit und die Veränderungen in der Arbeitswelt haben zunehmend und nachhaltig die Position der abhängig Beschäftigten und

ihrer Gewerkschaften in den Betrieben und in der Gesellschaft geschwächt. Die großen und exportorientierten Unternehmen steigern die Gewinne zugunsten ihrer Anteilseigner ("Shareholder") durch eine fortschreitende relative Senkung der Lohnkosten im Verhältnis zu ihrer Wertschöpfung, also durch verschärfte Ausbeutung. Auf der anderen Seite schwächen die zu geringen Lohnzuwächse die Nachfrage auf dem Binnenmarkt, der für Wachstum und Beschäftigung ein weitaus größeres Gewicht als der Export hat. Darunter leiden die überwiegend kleinen und mittelständischen Unternehmen, Handwerk und Dienstleistungen, die für den örtlichen und regionalen Markt produzieren. Die herrschende Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik hat diese Entwicklung aktiv vorangetrieben. Sie ist nicht nur ungerecht und vergrößert die sozialen Probleme, sie hat sich auch als schädlich für Wachstum und Beschäftigung erwiesen."

Historischer Bezugspunkt für diese Analyse ist der "Rheinische Kapitalismus". Er war, so die SL, geprägt durch einen Klassenkompromiss zwischen Kapital und Arbeit, der den Druck auf die Lohnabhängigen minderte. In der Folge entstand eine Wechselbeziehung zwischen Sozialstaat, Wirtschaftswachstum, Kapitalakkumulation und Vollbeschäftigung. Das Ende des gesellschaftlichen Nachholbedarfs führte für die SL in den 70er Jahren zur ökonomischen Krise, in der das Kapital den Klassenkompromiss aufkündigte. "In den Betrieben wie auch im politischen Raum wird seitdem ein verschärfter Klassenkampf von oben geführt, um Lohn- und Sozialkosten zu senken und höhere Flexibilität und Anpassungsbereitschaft der Beschäftigten zu erzwingen."

Die **AKL** zeichnet in ihren Schlaglichtern auf die gegenwärtige gesellschaftliche Situation auf den ersten Blick ein ähnliches Bild. Ihr **Kernthema** weist von Beginn an über die Bundesrepublik hinaus, indem er sowohl den weltweiten Zusammenhang ökonomischer Strukturen als auch die Verflechtung dieser Ökonomie mit Rüstungsausgaben und Kriegen thematisiert. Auch die AKL beginnt jedoch mit den verschärften Ausbeutungsmechanismen des Kapitals und ihren verteilungspolitischen Resultaten: "Der weltweite Abbau von Kapitalverkehrskontrollen und Regulierungen, die Erpressung der ärmeren Länder, ihre Märkte zu öffnen und ihre Naturreichtümer und Wirtschaftsressourcen den Multis zu übereignen, rüde Privatisierungspolitik weltweit haben zu einer beispiellosen globalen Konzentration ökonomischer Macht geführt. Wenige hundert Konzerngiganten entscheiden heute über die Entwicklung der Weltwirtschaft, über Investitionen und Arbeitsplätze, über die Verteilung von Wohlstand und Armut, über die Lebensperspektiven von Milliarden

Menschen. Je unumschränkter ihre Profitinteressen regieren, desto tiefer wird die Kluft zwischen Nord und Süd, zwischen Arm und Reich.

Auch in der Bundesrepublik öffnet sich die Schere zwischen Oben und Unten zusehends weiter. Die Gewinne der deutschen Konzerne haben sich allein in den vergangenen zwei Jahren mehr als verdoppelt. 21 Milliarden Euro an Dividenden werden die Dax-Unternehmen 2006 ausschütten, mehr als je zuvor. Dazu trägt der steigende Wettbewerbsdruck und ein Heer von über fünf Millionen Arbeitslosen bei. Zugleich werden hart erkämpfte soziale Sicherungen abgebaut. Besonders Frauen werden in Billigjobs oder ganz aus dem Arbeitsmarkt verdrängt, Grund- und Freiheitsrechte werden eingeschränkt und in ökologischen Fragen ist der Rückwärtsgang eingelegt."

Als Erklärung für die **historische Verortung** dieser Entwicklung wird das Ende der Blockkonfrontation angeführt: "Mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz ist das kapitalistische System in eine neue expansive und aggressive Phase getreten." Warum dies so sein soll, bleibt ebenso offen, wie eine genauere Charakterisierung dieses neuen Kapitalismus und seiner tiefer gehenden Funktionsbedingungen. Damit bleibt auch ungeklärt, ob diese "neue Phase" durch die AKL als hegemonial oder brüchig eingeschätzt wird und welche gesellschaftlichen Kräfte zu ihrer Überwindung nötig sind. Ansatzweise benannt wird hingegen die Widersprüchlichkeit der gegenwärtigen Entwicklung: "Genug von einer solchen Politik und Entwicklung haben allerdings immer mehr Menschen. Der Ausgang der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden ist dafür ebenso Beleg wie die häufiger werdenden Demonstrationen und Arbeitskämpfe in Europa gegen Lohndumping, gegen die Zerstörung sozialer Leistungen, gegen Privatisierungen. Die neoliberalen Lügen geraten in Konflikt mit elementarer Alltagserfahrung. Auch in Deutschland. Dass Rekordprofite nicht nur keine Arbeitsplätze schaffen, sondern mit weiteren Stellenstreichungen bestens vereinbar sind, haben nicht zuletzt Deutsche Bank und Telekom den Betroffenen ins Bewusstsein gehämmert. Dass selbst Unterwerfung unter die Forderungen der Kapitallobby nach längerer Arbeitszeit bei weniger Einkommen nicht dauerhaft Lohn und Brot sichert, hat Siemens mit dem Verkauf seiner Handysparte demonstriert. Sinkende Reallöhne und ein expandierender Niedriglohnsektor gehen in der Bundesrepublik seit 15 Jahren Hand in Hand mit weiter anschwellender Arbeitslosigkeit. Auch die Konsequenzen rüder Privatisierungspolitik – ob hohe Strompreise bei desolaten Netzen, eskalierende Wassergebühren oder Streckenstilllegungen der Bahn – sind mittlerweile offenkundig. Es sind einfach zu viele Menschen, die in ihrem täglichen Leben zu spüren bekommen, dass die neoliberalen

Verheißungen größerer Freiheit und Eigen-verantwortung vor allem eines bedeuten: das durch keine Regel mehr gebändigte Faustrecht des Wirtschafts-Stärkeren."

Ähnlich der AKL stellt auch der **Gründungsaufruf** die aktuelle Welterperspektive in den Vordergrund seiner Analyse. Ergänzt um den Aspekt der Ökologie wird auch hier zunächst auf den Zusammenhang zwischen technischen, ökonomischen und sozialen Prozessen verwiesen: "Am Beginn des 21. Jahrhunderts sind die Völker der Welt näher zusammengerückt. Satellitenfernsehen, Internet, internationaler Flugverkehr und die Entwicklungen auf dem Gebiet der Atomtechnik, der Biologie und der Chemie vermitteln in bisher nicht gekanntem Ausmaß die Erfahrung, dass alle Menschen ein gemeinsames Schicksal verbindet. Die Abhängigkeiten nehmen zu. Umweltschäden in einem Land haben ebenso schädliche Auswirkungen in den Nachbarländern. Die nationalen Volkswirtschaften verschmelzen miteinander und immer neue Erfindungen führen zu einer gewaltigen Steigerung der Produktivkräfte. In weniger als einem Jahrzehnt hat sich das Weltsozialprodukt verdoppelt und der Welthandel verdreifacht. Der Energieverbrauch wächst in atemberaubendem Tempo."

Resultate der auf ständige Expansion angewiesenen "barbarischen Weltwirtschaftsordnung" seien Hunger und Unterernährung: "Während die Industriestaaten einen immer größeren Reichtum anhäufen, sterben Tag für Tag hunderttausend Menschen, weil sie zu wenig zu essen haben. Alle zehn Sekunden verhungert ein Kind, obwohl nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO zwölf Milliarden Menschen satt werden könnten."

Auch ein neuer Imperialismus der USA, Kriege und eine Spirale weltweiter Gewalt bis hin zum Terrorismus werden als Entwicklungen dieses "Raubtierkapitalismus" genannt.

Eine **historische Verortung** erfolgt im Gründungsaufruf mit der Übernahme der Regierungsverantwortung sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien in Europa am Ende des 20. Jahrhunderts. "Sie waren aber zu schwach, sich dem immer ungehemmter agierenden Kapitalismus in den Weg zu stellen. Vielmehr unterwarfen sie sich willfährig den multinationalen Konzernen und den Imperativen der internationalen Finanzmärkte. Deregulierung, Privatisierung, Abbau von Demokratie, Steuersenkungen für Konzerne und Reiche und Kürzungen sozialer Leistungen waren die neuen Heilsbotschaften." Damit verbunden ist die Herrschaft einer neuen Ideologie: "Der Neoliberalismus, ursprünglich nur eine Wirtschaftstheorie, wurde zur Ersatzreligion. Er korrumpiert die Sprache und damit auch das Denken. Die neoliberalen Ideologen sprechen vom Umbau des Sozialstaates und meinen

seinen Abbau. Sie reden von zukunftsweisenden Reformen und meinen die Kürzung sozialer Leistungen. Der Kündigungsschutz wird verwässert, die Tarifverträge werden durchlöchert und die Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge werden verkauft. Zunehmend mehr Menschen arbeiten in ungesicherten, schlecht bezahlten Jobs, in denen sie schamlos ausgebeutet oder zur Selbstausbeutung gezwungen werden. Die sozialen Sicherungssysteme, die den Menschen Schutz und soziale Rechte geben sollen, werden privatisiert. Höhepunkt dieser Entwicklung in Deutschland sind die von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen beschlossenen Hartz-Gesetze und die Agenda 2010."

Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Durch den Anstieg der Produktivität werden immer mehr Dienstleistungen und Produkte von immer weniger Beschäftigten bereitgestellt. Dieser Fortschritt sollte allen zugute kommen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Bei Erwerbstätigen wachsen Stress und Arbeitszeit. Erwerblose werden unter Druck gesetzt und ausgegrenzt. Der Arbeitsmarkt wird flexibilisiert und den Beschäftigten eine extreme Mobilität abverlangt. Befristete Arbeitsverträge, Arbeitszeiten rund um die Uhr und immer längere Wege zum Arbeitsplatz zerstören das Familien- und Gemeinschaftsleben. Die mit der Deregulierung und Flexibilisierung einhergehende Auflösung sozialer Bindungen und Lebenswelten verändert die Menschen und setzt bei ihnen zerstörerische Potenziale frei. Millionen Menschen sind arbeitslos und haben das Gefühl, von der Gesellschaft nicht mehr gebraucht zu werden. Während die Konzerngewinne und die Vermögenseinkommen immer neue Rekorde brechen, sinken die Löhne. Arbeitslosengeld und Renten werden gekürzt. Im Zuge dieser Entwicklung geht die Wahlbeteiligung zurück und rechte Parteien haben Zulauf. Die neoliberal gewendete Sozialdemokratische Partei Deutschlands verliert Mitglieder und Wählerinnen und Wähler. Sie, die einst für Frieden und soziale Gerechtigkeit stand, befürwortet ebenso wie CDU/CSU, FDP und Grüne völkerrechtswidrige Kriege, eine niedrige Staatsquote und ständige Einschnitte ins soziale Netz."

Die **Emanzipatorischen Denkanstöße** setzten stärker als alle anderen Ansätze auf eine Kombination von normativer Wertediskussion und gesellschaftspolitischer Analyse: "Dieser Parteinneubildungsprozess findet statt vor dem Hintergrund konkreter sozialer Auseinandersetzungen, die von einer Wertediskussion auf ideologischem Feld begleitet werden. Dazu gehört, dass unter Reformen mit verschiedenen Namen in den letzten Jahren Sozialabbau, Lohndumping, Privatisierung öffentlichen Eigentums und Umverteilung von unten nach oben forciert wurden. Dazu gehört auch, dass mit dem Ruf nach vermeintlicher Freiheit und Eigenverantwortung Entsolidarisierung und die Privatisierung individueller Risiken

vorangetrieben wurde. Wobei von diesen Risiken besonders jene bedroht sind, die durch die Freiheit der Starken unterdrückt werden. Gegen diese Entwicklung wollen wir einen linken Kontrapunkt setzen."

Auf die eher abstrakte Darlegung sozialistischer Werte lassen die Emanzipatorischen Denkanstöße eine "Kritik des unfreien Lebens folgen". Deren **Gliederung** umfasst erstens eine "Kritik der bestehenden ökonomischen Machtverhältnisse" – wider die kapitalistische Barbarei, zweitens eine Auseinandersetzung mit "dem Zwang zur Arbeit und der Krise der Arbeitsgesellschaft", sowie drittens mit der "repressiven Normsetzung" und formuliert viertens ein "Nein zum autoritären Sicherheitsstaat".

Die **Kernargumentation** lässt sich wie folgt zusammenfassen: "Es geht uns darum, Freiheit und Selbstbestimmung ebenso wie Solidarität als grundlegende Motive linker Politik zu etablieren. Dabei unterscheidet sich unser Verständnis von Freiheit fundamental von dem Zerrbild der Freiheit, das Wirtschaftslobbyisten und ihre gläubigen Anhänger in der Politik zeichnen. Für uns bedeutet Freiheit nicht die Freiheit der Stärkeren, Schwächere auszubeuten. Freiheit und Selbstbestimmung sind ohne soziale Sicherheit nicht oder nur beschränkt einlösbar. Die freie Entfaltung einer und eines jeden bedarf universeller sozialer und Teilhaberechte. Insofern wollen wir die bestehenden ökonomischen Machtverhältnisse ändern – und zwar grundlegend. Die neue Linke muss deswegen sowohl um die gemeinschaftliche Verfügungsgewalt über Produktionsmittel als auch um die Verfügungsgewalt über das eigene Leben kämpfen. Ansatz und Ziel unseres emanzipatorischen Denkens ist Freiheit von sozialer Repression und die Freiheit, einen Lebensentwurf selbst wählen und gestalten zu können. Das wollen wir auf allen Ebenen und in allen Politikbereichen einbringen." Für die Linkspartei ist Emanzipation, verstanden als die freie Entwicklung einer und eines jeden als Bedingung der freien Entwicklung aller, ein Schlüsselbegriff ihrer Programmatik." "Grund-, Freiheits- und Menschenrechte haben nicht in allen Phasen und Strömungen der Linken den prominenten Platz gehabt, der ihnen gebührt – nämlich einen Platz auf gleicher Augenhöhe mit sozialen Rechten."

"Die globalisierte Weltwirtschaft produziert immensen Reichtum, noch nie soviel wie heute. Und zugleich erzeugt sie Armut und Elend."

"Die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes entsprechend der Macht- und Eigentumsverhältnisse ist eine der zentralen Ursachen für die Verhinderung eines selbstbestimmten Lebens."

"Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Durch den Anstieg der Produktivität werden

immer mehr Dienstleitungen und Produkte von immer weniger Beschäftigten bereitgestellt. Es scheint daher paradox: Obwohl immer mehr Menschen verzweifelt einen Job suchen, nehmen Repressionen gegenüber Erwerbslosen immer mehr zu."

"Der Zwang zur Arbeit schwächt zudem die Verhandlungssituation der (potentiell) Beschäftigten gegenüber den Unternehmen. Der bzw. die Einzelne darf nicht dafür bestraft werden, dass Wirtschaft und Politik darin versagt haben, den Fortschritt zum Wohle aller zu nutzen.

"Neben ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen können auch als hegemonial angenommene Lebensweisen bzw. Normen repressiv wirken – zumindest gegenüber denjenigen Menschen, die diesen Vorstellungen nicht folgen wollen. Insofern sorgt jeder Versuch, bestimmte Lebensentwürfe als die "eentlichen" und "normalen" zu etablieren, für die Unterdrückung von Individuen unter die Gemeinschaft."

"Von einengenden Rollenklischees, Stigmatisierung aufgrund von Armut, der Erfahrung von Gewalt und nicht zuletzt durch die Einführung von Zwangskollektiven in Form von "Bedarfsgemeinschaften" sind inzwischen weite Teile der Bevölkerung betroffen."

"Gesellschaftliche Normalitätsvorstellungen dürfen unserer Meinung nach keine unhinterfragte Grundlage linker Politik sein."

"Im Sinne individueller Freiheit einer und eines jeden Einzelnen muss die permanente Normalisierung bestimmter Lebensentwürfe beständig hinterfragt werden."

Die **historische Verortung** des hier beschriebenen Kapitalismus bleibt indes unbestimmt. Zwar sprechen die Emanzipatorischen Denkanstöße von einer "Krise der fordistischen Arbeitsgesellschaft", die nicht durch ihre Wiederherstellung überwunden werden könne, "denn dies würde der Entwicklung der Produktivkräfte nicht mehr entsprechen." Was aber diese Krise bedingt und was über eine gesteigerte Produktivität hinaus die konkrete Entwicklung der Produktivkräfte ausmacht, wird nicht ausgeführt.

Einen konkreten gesellschaftlichen Bezugspunkt nennt das Papier hingegen mit der bürgerlichen Rechtsordnung und der Thematisierung ihrer aktuellen Aushöhlung: "Der Schutzgedanke des Grundgesetzes zielt ab auf den Schutz der Bürger und Bürgerinnen vor dem Staat. Das ist ein Grundsatz des Rechtsstaates. Die gegenwärtige Sicherheitspolitik dreht diesen Gedanken um: Der Staat scheint vor seinen BürgerInnen beschützt werden zu müssen. Wir erleben die Transformation des Rechtsstaates in einen Ordnungsstaat."

Die AutorInnen von **A&W** argumentieren im Unterschied zu den anderen Positionsbestimmungen aus der Perspektive ostdeutscher linker PolitikerInnen. Kapitalismuskritik spielt

dabei allerdings ein ungeordnete Rolle. Die **Kernaussage** dieser Position besteht folgerichtig in einer positiven Bewertung der Leistungen der PDS im Transformationsprozess vom Staatssozialismus zum neoliberalen Kapitalismus und den Erfahrungswerten der Tagespolitik: "Unsere Erfahrungen aus der Tagespolitik sagen uns: Es gibt keine ein für allemal fertigen und endgültigen Antworten. Aber eine politische Partei stolpert auch nicht von Stunde Null zu Stunde Null. Seitens der PDS kommen wir mit ausgereiften Konzepten u. a. für öffentlich geförderte Beschäftigung, eine sozial gerechte Steuerreform, einen Neuansatz für Ostdeutschland (und künftig auch strukturschwache Regionen generell), zur Landesentwicklung und zur Bildung - und auch bei einer so jungen Partei wie der WASG stoßen wir auf interessante Vorstellungen zu vielen Themen und auf neue Erfahrungen beim Gewinnen von Mitgliedern im Westen. Gemeinsam haben wir das Thema gesetzlicher Mindestlohn auf die politische Agenda setzen können."

Die **historische Verortung** dieses Kapitalismus wird folgendermaßen beschrieben: "Den Bundestagswahlkampf 2005 haben wir gemeinsam mit dem Versprechen einer neuen sozialen Idee gewonnen. Einerseits ging es dabei weniger um Neues, sondern um das uralte zivilisationsgeschichtliche Gebot von Mitmenschlichkeit: um Solidarität. Zugleich aber muss diese uralte soziale Idee heute unter den Bedingungen von Globalisierung, High Tech-Wirtschaft, demografischem Wandel und von massiv geplünderten öffentlichen Kassen verwirklicht werden. Das ist die Herausforderung: Das ist die neue soziale Idee."

Der Tenor:

Die in die Synopse eingezogenen Positionsbestimmungen unterscheiden sich nicht nur vom Erfahrungshintergrund, dem Kapitalismusverständnis und den daraus abgeleiteten Perspektiven, sondern auch im Tenor der Argumentation :

Die Argumentation der Programmatischen Eckpunkte schlägt sich nicht nur in ihrer Gliederung nieder, die immer wieder die Widersprüche in kapitalistischer Reichtumsproduktion und Alltagsbewusstsein betont und daraus linke Alternativen entwickelt. Sie zeigt sich – auch wenn dies nicht an allen Stellen möglich oder gelungen ist – im Versuch einer eher vermittelnden Sprache, die bewusst auf die Brandmarkung anderer Positionen verzichtet, auch wenn sie diese argumentativ ablehnt.

Dem gegenüber haben sich vor allem der Gründungsaufwurf und die SL, aber auch die AKL für einen anderen Ansatz entschieden. Hier wird von Beginn an eine fast düster wirkende

Beschreibung der gesellschaftlichen Verhältnisse gewählt. Weiter betonen vor allem AKL und Gründungsauftrag die "Lügen" und die "barbarische Entwicklung" der neoliberalen Politik.¹

Die SL grenzt sich von den Perspektiven der Emanzipatorischen Denkanstöße und der AKL ab, die Unternehmensverbände bzw. Lobbyverbände als Akteure "des Kapitals" schlechthin benennt. Dagegen setzt sie eine differenzierte Beschreibung von realen Strukturen und realen Prozessen.

SL: "Einige Beschäftigte nehmen die mit der Vermarktlichung der Beziehungen innerhalb eines Unternehmens verbundene größere Eigenverantwortlichkeit als persönliche Anerkennung und Erweiterung von Freiheitsspielräumen wahr. Zum Teil ist sie das auch. Die Einsichten der abhängig Arbeitenden und die tatsächlichen Bedingungen klaffen aber auseinander."

AKL: "Es sind immer die gleichen Lügen, die zur Rechtfertigung neoliberaler Politik herhalten müssen:"

"Es sind die Lobbyverbände des großen Kapitals, die seit über zwei Jahrzehnten den Umbau der europäischen Gesellschaften in Richtung eines entfesselten Kapitalismus betreiben. Und die noch längst nicht genug haben, wie ihre jüngsten Projekte, etwa die Bolkestein-Richtlinie, zeigen."

SL: "Der Wandel vom wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapitalismus der Nachkriegsjahre hin zum flexiblen, finanzgetriebenen Kapitalismus heutiger Zeit darf nicht als Durchführung eines ausgeklügelten Masterplans der Kapitaleseite missverstanden werden. Vielmehr handelt es sich um einen schleichenden Prozess, in dem allmählich und auf passive Art und Weise eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse stattfand.

Geschichte wird zwar von widerstreitenden Kräften gemacht, die jeweils interessengeleitet und bewusst agieren, aber diese können sich neutralisieren. Geschichte findet immer auf Basis vorgefundener gesellschaftlicher Strukturen und Kräfteverhältnisse statt, die sich nur langsam ändern. Sie lässt sich nicht einfach auf den bewussten Plan abgestimmt handelnder Unternehmen und Organisationen zurückführen."

2. AdressatInnen – BündnispartnerInnen – Selbstverständnis

¹ In diesem Zusammenhang bleibt v.a. die Charakterisierung zwischen faschistischer und so bezeichneter

Das neu zu formierende Projekt der politischen Linken definiert sich nicht zuletzt über die AdressatInnen der eigenen Politik. In diesen Bereich gehört auch die Frage, wer die BündnispartnerInnen der Linken sein sollen. Damit wird eine Aussage über das eigene Selbstverständnis als politische Partei im Spannungsfeld eigener Traditionslinien, parlamentarischer und außerparlamentarischer Orientierung sowie eines gesellschaftlichen Vertretungsanspruchs getroffen. Einer der zentralen Diskussionspunkte im Parteibildungsprozess – das Für und Wider von Regierungsbeteiligungen - soll hier gesondert verglichen werden, da es entscheidend zum Selbstverständnis einer politischen Partei beiträgt.

AdressatInnen & BündnispartnerInnen

Kennzeichnend für fast alle Papiere ist ein strategischer Ansatz, der die primäre Orientierung auf Kapital und Arbeit und die daraus resultierenden gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse mit der Anschlussfähigkeit für die Breite linker außerparlamentarischer Bewegungen verbinden will. Besonders deutlich wird dies bei der **SL**: sie stellt sich in die Tradition der Arbeiterbewegung und benennt "marxistische Gesellschaftsanalyse und Strategiediskussion sowie links-keynesianische Positionen alternativer Wirtschaftspolitik" als politische Referenzpunkte. Damit stellt sie abhängig Beschäftigte, sozial Ausgegrenzte und Benachteiligte ins Zentrum ihrer Politik. BündnispartnerInnen sieht sie in erster Linie in den Gewerkschaften; sie betont aber auch die Bedeutung außerparlamentarischer Bewegungen zur Durchsetzung gemeinsamer Ziele.

Der Gründungsaufruf erweitert diesen Ansatz um all jene, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen – aber sich nicht notwendigerweise als Ausgegrenzte verstehen. Zudem findet sich hier eine nicht weiter ausgeführte Auflistung von Diskriminierungsmerkmalen, deren Bedeutung und Bedingtheit sich aus dem Text nicht erschließt. Diesem Vorgehen stellen die emanzipatorischen Denkanstöße ihr Verständnis von inner- und überparteilicher gemeinsamer Anerkennung gegenüber. Damit soll im politischen Denken nicht mehr nach Haupt- und Nebenwiderspruch – Kapital und Arbeit sowie weiteren Ausbeutungsverhältnissen – unterschieden, sondern der Pluralität in einer emanzipatorischen Linken Rechnung getragen werden.

Vergleichbar dem Gründungsaufruf und den Programmatischen Eckpunkten betont die AKL die Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wählern der Linken bei den Bundestagswahlen 2005. Beide AutorInnengruppen gehen damit an zentraler Stelle auf das

Vorhandensein einer gemeinsamen Zielgruppe für das neue Parteiprojekt ein.

Dieser Ansatz findet sich zwar auch bei A&W und auch hier wird auf Bündnisse mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verwiesen, doch tritt der zweite Schwerpunkt Kapital und Arbeit hier deutlich zugunsten einer politischen Binnenperspektive zurück. AdressatInnen sind PolitikerInnen von Linkspartei.PDS und WASG in Ost- und Westdeutschland. Argumentiert wird auf der Ebene pragmatischer Alltagspolitik, die geleitet ist von den Erfahrungswerten der AutorInnen selbst. Diese Position findet ihre deutliche Kritik in den Positionen von AKL und Marxistischem Forum.

Das Marxistische Forum stellt nicht zuletzt diesem Pragmatismus, den es in ähnlicher Form auch in den Programmatischen Eckpunkten zu entdecken glaubt, eine radikale Widerstandsperspektive entgegen. Eine Benennung möglicher BündnispartnerInnen fehlt hier ebenso wie die Beschreibung konkreter gesellschaftlicher Adressaten jenseits der Charaktermasken.

Programmatische Eckpunkte: "Wir wollen Traditionen, Erfahrungen und Kompetenzen jener Kräfte bewahren und erschließen, die gemeinsam unsere neue Partei bilden. Dazu gehören radikaldemokratische, linkssozialdemokratische und linke antikapitalistische Positionen ebenso wie Orientierungen auf die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, Erkenntnisse aus gewerkschaftlichen und von Erwerbslosen getragenen Protestbewegungen gegen den Neoliberalismus, der Einsatz für die Stärkung regionaler Entwicklung und die Auseinandersetzung mit der "neuen Sozialdemokratie" und mit sektiererischen Strömungen in der alten Bundesrepublik. Die neuen sozialen Bewegungen gegen Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung sind ein wichtiger Bezugspunkt unserer Erneuerung."

"Es ist unser Anspruch, unsere Politik gemeinsam mit allen Parteimitgliedern, den Bürgerinnen und Bürgern, den Gewerkschaften und demokratischen und sozialen Bewegungen zu entwickeln. Die Auseinandersetzung mit Problemen, Differenzen und Widerständen soll öffentlich so geführt werden, dass der Neoliberalismus geschwächt und die Linke und ihre Perspektive eines grundlegenden Richtungswechsels gestärkt werden.

Es gibt unter uns unterschiedliche Auffassungen darüber, welches die besonderen Aufgaben einer Partei im Unterschied zu sozialen Bewegungen sind, wie das Verhältnis von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit zu gestalten ist und ob eine Regierungsbeteiligung auf Landesebene unter den gegenwärtigen Bedingungen den gemeinsamen Maßstäben an linke Politik gerecht werden kann oder nicht. "

SL: "Wir stehen für eine Linke, die die Tradition der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung

in sich aufhebt und einen neuen Anlauf unternimmt, die Vorherrschaft des Kapitals zu überwinden. Wir wollen die Welt so gestalten, dass den Menschen ein Leben nach ihren Bedürfnissen in Würde, materieller Sicherheit und Freiheit ermöglicht wird. Die Linke muss zugleich realistisch und radikal, an die Wurzel gehend, sein. Sie muss die fortschrittlichen Kräfte aus Arbeit, Wissenschaft, Kultur und Politik zusammenführen und gesellschaftliche Bündnisse schmieden. Sie muss Perspektiven für ein besseres Leben entwickeln und die Menschen gewinnen, sich gemeinsam dafür einzusetzen. Sie muss für die Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen wie auch des Bewusstseins der Menschen kämpfen."

"Im Mittelpunkt unserer strategischen Überlegungen stehen die Interessen der abhängig Beschäftigten und der sozial Ausgegrenzten und Benachteiligten. Fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen können nach unserer Überzeugung heute nur in einem Wechselspiel politisch-parlamentarischer Kräfte und außerparlamentarischer sozialer Bewegungen durchgesetzt werden. Am wichtigsten sind dabei die Gewerkschaften."

"Die neue linke Partei hat die Aufgabe, als politischer Akteur die Kräfteverhältnisse in dieser Gesellschaft in eine progressive Richtung zu verändern. Dies bedeutet, in klassenpolitischen Kategorien zu denken, sich gegen das Kapital und seine neoliberalen Ideologen zu positionieren und parteilich mit abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen, Prekarisierten, kleinen Selbständigen und ihren Familien zu sein. Dies bedeutet auch, den Kampf gegen den Neoliberalismus um die Vorherrschaft im Denken und Fühlen der Menschen, den Kampf um inhaltliche und kulturelle Hegemonie, aufzunehmen. Wir setzen dem neoliberalen Menschenbild eines egoistischen, konkurrenzbetonten Menschen ein soziales, solidarisches Menschenbild entgegen."

"Seit den 1990er Jahren entstanden neue soziale Bewegungen wie Attac und Sozialforen, die den Neoliberalismus und die Globalisierung kritisieren. Der Angriff auf Jugoslawien und die folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen führten zu einem Aufschwung friedenspolitischer Aktivitäten. Arbeitslose und Prekarierte melden sich mit Aktionen wie Montagsdemos, St. Prekarius u. a. zu Wort. Die neuen sozialen Bewegungen konnten, vor allem wenn es zu einem Bündnis mit den Gewerkschaften kam, beachtliche Mobilisierung erreichen. Allerdings sind soziale Bewegungen immer Konjunkturen unterworfen.

Die Idee des Sozialstaats wurde von keiner bundesweit relevanten Partei mehr aufgegriffen. Die sozialen Interessen von ArbeitnehmerInnen, Erwerbslosen, kleinen Selbständigen, Prekarisierten fanden keine politische Vertretung. Diese gesellschaftliche Situation führte zur Gründung der WASG, die bereits bei ihrem ersten Wahlantritt in NRW ein respektables Ergebnis erreichte. Die inhaltliche Nähe zur PDS und die Notwendigkeit und Möglichkeit

einer starken geeinten Linken in Deutschland führten zu einem gemeinsamen Wahlantritt und der Perspektive einer neuen linken Partei."

"Die neue linke Partei muss pluralistisch sein. Unterschiedliche Meinungen sind nicht nur zu tolerieren, sondern eine notwendige Voraussetzung für eine produktive und konstruktive Entwicklung von Politik. Die neue linke Partei muss die Einbeziehung aller Mitglieder in die Entwicklung der Politik organisatorisch sicherstellen. Innerparteiliche Demokratie bedeutet für uns jedoch nicht Beliebigkeit, sondern ein Gleichgewicht zwischen Mehrheitsentscheidungen und Minderheitenschutz, damit die Partei handlungsfähig ist. Dazu sind klare Regelungen zu treffen."

Gründungsaufruf: "Der Zeitpunkt ist gekommen, die versprengten Kräfte der Linken zu sammeln. Die aus der SED hervorgegangene PDS hat sich verändert. Sie hat viele neue Mitglieder gewonnen und ist zu einer demokratischen sozialistischen Partei geworden. Diesen Veränderungen entspricht ihr neuer Name: Linkspartei. Die WASG wurde vor allem von enttäuschten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie Vertreterinnen und Vertretern sozialer Bewegungen gegründet. Über vier Millionen Wählerinnen und Wähler gaben Linkspartei und WASG bei der Bundestagswahl 2005 den Auftrag, eine neue linke Partei zu gründen.

DIE LINKE versteht sich als Sammlungsbewegung von Menschen unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft, die für mehr soziale Gerechtigkeit kämpft. Sie will eine solidarische Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist. Sie will eine offene Gesellschaft, in der die Menschen, unabhängig von Herkunft und Hautfarbe, Religion und Staatsbürgerschaft, Geschlecht und sexueller Orientierung die gleichen Rechte und Chancen haben."

"Politisches Engagement findet seinen Ausdruck nicht nur in der Mitgliedschaft in einer Partei, sondern auch in der Mitarbeit in einer Nichtregierungsorganisation und in sozialen Bewegungen. DIE LINKE wird die Forderungen der außerparlamentarischen Bewegungen aufgreifen und deren Mitwirkung am politischen Entscheidungsprozess unterstützen."

Emanzipatorische Denkanstöße: "Wenn wir den Begriff der "emanzipatorischen Linken" aufnehmen, dann geht es uns nicht um eine Gruppe, der man per Unterschrift beitrifft oder eine weitere Strömung, die den Konflikt zwischen vermeintlichen "Realos" und "Fundis" fortsetzen soll – einen Konflikt, an dessen Linien wir uns nicht wieder finden und den wir auch für überholt halten. Es geht viel mehr um eine gemeinsame Grundlage einer pluralen,

linken Partei. Eine gemeinsame Grundlage ist notwendig, um Differenz nicht in Beliebigkeit und Selbstzerstörung enden zu lassen. Eine solche Grundlage kann nur aus gemeinsam Anerkanntem kommen."

"Die Frage nach einer Alternative zu Kapitalismus und unfreien Verhältnissen wird von Sozialistinnen und Sozialisten unterschiedlich beantwortet. Unsere Antwort ist nicht einstimmig und sie wird und sie soll es auch nie sein. Eine neue Linkspartei muss die Pluralität ihrer Ansätze und Traditionen anerkennen, von denen die Arbeiterbewegung eine wesentliche, aber nicht die einzige ist. Neben ihr gibt es andere linke Bewegungen, die für Emanzipation streiten: für Emanzipation von rassistischer und sexistischer Unterdrückung, für die Abschaffung von Diskriminierung aufgrund von Behinderung und sexueller Orientierung, Bewegungen, die neue Gerechtigkeitsfragen thematisieren, oder wie es die neue Linke der 70er Jahre getan hat, für Freiheit von staatlicher und autoritärer Unterdrückung streiten. Diese Erfahrungen müssen in einer neuen Linken aufgehoben sein. Vor diesem Hintergrund warnt uns die Geschichte der Linken auch vor ökonomistischen Verkürzungen, bekannt als die Hauptwiderspruchsfälle. Wir lehnen es ab, darüber zu entscheiden, welche Ursachen von Unfreiheit die eigentlichen oder wichtigeren sind."

"Die Einheit zwischen Protest, Gestaltung und über den Kapitalismus hinausweisender Alternativen ist eine schon im "strategischen Dreieck" beschriebene Notwendigkeit."

"Daher sind reine top-down Prozesse oder gar autoritäre Führungsstile eine Gefährdung für einen demokratischen Parteineubildungsprozess. Der mit Sicherheit sehr mühsame Prozess der umfassenden und gleichberechtigten Beteiligung ist auch hier ein entscheidender Garant für das erfolgreiche Gelingen des Parteineubildungsprozesses, an dessen Ende eine Partei steht, in der die emanzipatorischen Politikansätze der Linkspartei/PDS gut aufgehoben sind."

AKL: "Auch die herrschende Politik kann solche Stimmungen nicht mehr völlig ignorieren. Die verlogene Kapitalismus-Kritik der SPD im letzten Bundestagswahlkampf ist dafür ebenso Beleg wie das Gerechtigkeits-Gerede der Grossen Koalition. Vor allem aber sind über 4 Millionen Wählerinnen und Wählern der Linken ein Zeichen, dass auch in diesem Land etwas in Bewegung geraten ist. 4 Millionen Stimmen für ein linkes Projekt, das zum Zeitpunkt der Wahl noch weit eher Vorhaben als politische Realität gewesen ist, sind allerdings nicht allein Ausdruck von Sympathien, Erwartungen und Hoffnungen, sondern auch ein ungemeiner Vorschuss an Vertrauen, den wir nicht verspielen dürfen."

"Die WASG ist insbesondere aus den Protestbewegungen gegen Schröders Agenda 2010

entstanden. Verankert vor allem in den alten Bundesländern, mit starker gewerkschaftlicher Basis, war und ist sie im Anspruch eher ein sozialstaatlich orientiertes antineoliberales Projekt. Der antineolibereale Gründungskonsens der WASG schloss eines allerdings deutlich ein: Kritik an und Opposition zu jeder Art unsozial ausgerichteter Politik, einschließlich jener von der PDS in Landesregierungen mitgetragenen. Nicht zuletzt dadurch wurde die WASG auch über die Gewerkschaften hinaus ein Anknüpfungs- und Kristallisationspunkt für soziale Bewegungen."

"Die schlechteste aller denkbaren Varianten, in der Unterschiedlichkeit der Traditionen von WASG und PDS eine gemeinsame Basis zu finden, bestünde in der Kombination eines regierungsorientierten Pragmatismus, entsprechend etwa der dominierenden Strömung der PDS-Berlin, mit dem Verzicht auf programmatischen Antikapitalismus und sozialistisches Ziel, wie von einzelnen Vertretern der WASG gefordert. Klare Antikriegspositionen dürften bei einer solchen Entwicklung ebenfalls auf der Strecke bleiben. Denn wer in Deutschland unter den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen auch bundespolitisch mitregieren will, muss bereit sein, Bundeswehr und NATO in der heutigen Form zu akzeptieren und damit auch Kriegseinsätzen zuzustimmen. Was am Ende einer solchen Entwicklung stünde, wäre eine für die SPD als bundespolitischer Koalitionspartner akzeptable Partei, die sich von der neoliberal gewendeten Sozialdemokratie allerdings auch nicht mehr substantiell unterscheiden würde. Für eine solche Partei gibt es keinen gesellschaftlichen Bedarf. Eine solche Partei wollen wir nicht und brauchen wir nicht. Mit einem derartigen Ausgang des Fusionsprozesses würde das Vorhaben einer starken Linken nicht eingelöst, sondern erledigt sein."

A&W: "Wie stark und erfolgreich diese neue Linke in Deutschland sein wird, hängt wesentlich davon ab, wie es ihr gelingt, aus den Erfahrungen der Linken in Ost und West zu lernen, ihre bisherigen Stärken zusammen zu führen und beides für alle Beteiligten produktiv zu machen."

"Entscheidend für die Bewertung politischer Erfolge ist der Ertrag für die Menschen. Daran wird eine politische Partei auch gemessen. Und wir finden: zu Recht."

"Wir haben uns 1989 entschieden, im parlamentarischen System als politische Partei zu wirken – und als solche eng mit den Akteuren wie sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zusammen zu arbeiten. Um in einer offenen Gesellschaft erfolgreich für unsere Ziele arbeiten zu können, haben wir aufgrund unserer Erfahrungen in Gesellschaft und Politik und nach gründlichen und z.T. auch heftigen Debatten als Orientierungsrahmen für unser Handeln ein

"strategisches Dreieck" bestimmt: zwischen Protest, Gestaltungsanspruch und über die derzeitigen Verhältnisse hinausweisenden demokratisch-sozialistischen Alternativen spannt sich demnach der politische Raum auf, in dem sich die Partei erfolgreich bewegen kann. Politisches Handeln einer demokratisch-sozialistischen, einer linken Partei muss eine produktive Balance zwischen diesen drei Elementen herstellen können – gerade weil wir aus Erfahrung wissen, dass es zwischen ihnen auch Zielkonflikte, nur partielle Übereinstimmung oder auch sehr unterschiedliche Dynamik geben kann. Das "strategische Dreieck", die damit angestrebte Balance, ist also eine Herausforderung, eine Aufgabe, die gelöst werden muss – immer wieder neu. Wir begrüßen, dass das "strategische Dreieck" in den Vereinbarungen mit der WASG zur Bildung der neuen Partei eine wesentliche Rolle spielt. In der neuen Partei können somit sehr unterschiedliche politische Erfahrungen zusammenkommen, Defizite geschlossen und neue Stärke, neue politische Interventionsfähigkeit gewonnen werden. Dabei bringen wir aus der PDS in den neuen Bundesländern die Erfahrung einer Verankerung als Volkspartei mit. Das schließt Erfahrungen mit Kommunal-, Landes- und Bundespolitik für eine von tief greifenden Transformations- und Schrumpfungprozessen betroffenen Region ein. Das sind Erfahrungen, die jahrzehntlang in Deutschland nicht gemacht werden konnten, nicht gemacht werden mussten. Mit der neuen Partei kann ein solcher Erfahrungshorizont auch in Westdeutschland aufgebaut werden – mit dem großen Vorteil von Parlaments-, Regierungs-, Verwaltungs- und Organisationserfahrung, die sich die PDS erst hart erarbeiten musste und die sie sich immer wieder hart erobern muss. Dabei treffen Linke aus Ost und West in der neuen Partei auf Menschen, die in der PDS in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten hart, ideenreich, engagiert und mit Erfolg politisch gearbeitet haben. Jetzt, gemeinsam und auf das von allen Geleistete aufbauend, besteht die Chance, auch in Westdeutschland eine starke, tief in der Gesellschaft verwurzelte, politisch erfolgreiche linke Partei aufzubauen. Dabei würdigen wir ausdrücklich die Erfahrungen der engagierten Mitglieder der PDS im Westen und wollen ihre Erfahrungen gezielt analysieren, um auch im Westen neue Wege zu beschreiten und Erfolgreiches bewahren."

Marxistisches Forum: "Stimmt man dieser Analyse zu, so muss in der Politik der Partei der Widerstand im Mittelpunkt stehen, besitzt die Festlegung des PDS-Programms von 2003 nach wie vor Aussagekraft: In der PDS hätten "sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen und die die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden".

Regierungsbeteiligung

In der Diskussion um Regierungsbeteiligungen der Linken formulieren Marxistisches Forum einerseits und Abschied und Wiederkehr andererseits die exponiertesten Standpunkte. Die Programmatischen Eckpunkte, der Gründungsaufruf, die SL und die Emanzipatorischen Denkanstöße können zwischen diesen beiden Positionen verortet werden. Sie sprechen sich nicht generell gegen Regierungsbeteiligungen aus, wollen dies aber von der Umsetzbarkeit bestimmter politischer Ziele abhängig machen. Eine gewisse Sonderstellung unter den vorliegenden Dokumenten nimmt die AKL mit der Formulierung eines konkreten Katalogs der Mindestforderungen für Regierungsbeteiligungen der Linken ein.

Programmatische Eckpunkte: "Als linke politische Partei sehen wir die Beteiligung in Regierungen als Mittel gesellschaftlicher Umgestaltung an, wenn die dafür notwendigen Bedingungen gegeben sind. Dazu bedarf es breiter gesellschaftlicher Unterstützung und stabiler parlamentarischer Bündnisse mit anderen politischen Kräften. Linke Politik braucht die Unterstützung und auch die weitertreibende Kritik durch öffentlichen Druck und außerparlamentarische Mobilisierung. In einem offenen und transparenten Prozess wollen wir die Maßstäbe von Regierungsbeteiligung diskutieren und unter den konkreten Bedingungen abwägen, um Entscheidungen zu treffen.

Maßstäbe sind die Verbesserung der Lage von Benachteiligten, die Durchsetzung wichtiger Reformvorhaben der Linken, der Stopp der neoliberalen Offensive, die Veränderung der Kräfteverhältnisse und die Einleitung eines Politikwechsels. Entscheidend für die Durchsetzung eines Politikwechsels ist die bundespolitische Ebene. Hier liegen die meisten Kompetenzen, die dafür notwendig sind, hier erfolgen die wesentlichen Weichenstellungen.

Wir werden intensiv die bisherigen Erfahrungen in Deutschland, Europa und international auswerten. Den unterschiedlichen Möglichkeiten auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene werden wir Rechnung tragen."

SL: "Wir lehnen fundamental-oppositionelle wie auch umstandslos regierungswillige Auffassungen ab. Ob Regierungsbeteiligung oder Opposition richtig ist, ist nicht pauschal, sondern von Fall zu Fall und auf Basis von Diskussionen mit den betroffenen Menschen zu entscheiden. Wofür man sich auch entscheidet: Es ist zu begründen, dass sich die Lebenslage gerade der sozial Schwächeren durch die jeweilige Politik nachhaltig besser entwickelt und ein größerer Beitrag zu einem grundlegenden Politikwechsel erbracht wird, als es mit dem

alternativen Verhalten der Fall wäre. Pauschalfestlegungen, die zu Spaltungen und Selbstisolation führen, schaden unserer politischen Handlungsfähigkeit. "

"DIE LINKE will die Fehler traditioneller kapitalismuskritischer Organisationen nicht wiederholen und sich nicht in das globalkapitalistische System einbinden lassen. Sie stützt sich auf die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und die gesetzlich geregelten staatlichen Zuschüsse."

"Ihre Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sind den demokratischen Beschlüssen der Parteigremien und den vor Wahlen gegebenen Versprechen verpflichtet. Sie betätigen sich im Gegensatz zu den Vertreterinnen und Vertretern anderer Parteien nicht als Lobbyisten von Konzernen oder Wirtschaftsverbänden."

Gründungsaufruf: "DIE LINKE tritt in Kommunalparlamenten und Landtagen, im Bundestag, im Europäischen Parlament sowie in außerparlamentarischen Bewegungen für ihre Ziele ein. Sie widersetzt sich der neoliberalen Politik und will deren Hegemonie brechen. Dazu bedarf es einer Politik, die den Zeitgeist verändert. Protest, Mitgestaltung und Alternativen, die über den Kapitalismus hinausweisen, bilden in der Arbeit der Linken eine strategische Einheit. Sie übernimmt dann Regierungsverantwortung, wenn sie die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern und alternative Entwicklungspfade öffnen kann. Sie wird aber nur unter Beachtung ihrer Grundsätze Koalitionen mit anderen Parteien eingehen. Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge dürfen nicht privatisiert werden. Der Personalabbau in Bund, Ländern und Gemeinden muss generell gestoppt und ebenso die Kürzung sozialer Leistungen verhindert werden."

A&W: "Mit den öffentlichen Gütern, dem öffentlichen Dienst und dem öffentlichen Eigentum muss verantwortungsbewusst umgegangen werden. Sie werden für die Gesellschaft in dem Maße produktiv und legitimiert, wie sie einer sozial verantwortlichen Definition von Staat und Staatsaufgaben folgen. Hier ist jedoch mehr gesellschaftlicher Rückhalt erforderlich und nicht allein staatliche Verordnung."

3. Sozialismus-Vorstellungen

Zu den Grundfesten der zukünftigen Partei der Linken wird auch ihr Umgang mit dem Sozialismus gehören: als theoretischem Referenzpunkt, wie als Bestandteil gelebter Geschichte. Die hier zusammen kommenden Traditionslinien der Linken sind nicht nur geprägt durch die Erfahrung des Staatssozialismus der DDR, sondern auch durch das Selbstverständnis der Linken in Westdeutschland. Die Differenz zwischen den vorliegenden Positionspapieren besteht in erster Linie in der Frage, ob sich die neue Linke eindeutig als sozialistische Partei definieren soll, oder – der Pluralität ihrer Mitglieder Rechnung tragend – den Sozialismus als *eine* zentrale Grundlage nennt.

Die zurückliegenden Konzeptionen, die Gründe für das Scheitern des Staatssozialismus und die Schlussfolgerungen werden insgesamt – wenn überhaupt – höchst disparat bewertet.

In allen Positionsbestimmungen findet sich die Überlegung, dass mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht das Ende der Geschichte erreicht sein kann. Allerdings sind die Vorstellungen des Übergangs von einer bürgerlich-kapitalistischen zu einer nachkapitalistischen Gesellschaftsordnung weitgehend offen.

Das Eckpunktepapier versucht in dieser Hinsicht einen Dreischritt: die Erfahrungen mit dem Sozialismus des 20. Jahrhunderts werden aufgegriffen und – ohne eine detaillierte oder gar abschließende Wertung – als eine Traditionslinie der zukünftigen Partei unter den genannten anderen beschrieben. Darauf aufbauend wird sehr kurz die Dimension eines heutigen Sozialismus-Begriffs als heute beginnendem "transformatorischem Prozess" skizziert. Das Gründungsmanifest, wie auch A&W stellen dem – deutlich pointierter – das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus entgegen. Eine genauere Bestimmung dieses Begriffs bleibt ebenso aus, wie die Frage der Transformationsschritte in eine sozialistische Gesellschaft. Es bleibt damit offen, ob Sozialismus hier als Utopie oder doch als Maßstab herrschender Politik dienen soll.

In den Ausführungen der AKL wird der Sozialismus als eine mittelfristig alternativlose Orientierung für die Linke genannt. Der Beschreibung "antikapitalistischer" Politik steht jedoch keine systematische Beschreibung einer positiven gesellschaftlichen Alternativvorstellung gegenüber.

In der kritischen Auseinandersetzung des Marxistischen Forums mit den Programmatischen Eckpunkten werden noch einige weitergehende Überlegungen sichtbar. Einerseits ist aus der Mehrheit des Positionsbestimmungen erkennbar, dass jedweder Absolutheitsanspruch oder eine These der gesellschaftlichen Avantgarde zurückgewiesen wird. Bei der Überlegung,

dass sich das politische Bündnis gegen den Neoliberalismus auf eine Sammlungsbewegung einzulassen hat, treten allerdings einige Unschärfen in Erscheinung. Es scheint in einigen Ausführungen – wie bei dem Marxistischen Forum – den Anspruch einer marxistischen Partei auf *die* Vorherrschaft der marxistischen Analyse zu geben. Von einer solchen Überlegung ausgehend lässt sich eine Kritik an dem Transformationsprozess und der Alternative zum Neoliberalismus als unbestimmt oder reformistisch vortragen.

Programmatische Eckpunkte: "Die Linke des 21. Jahrhunderts baut auf den Zielen und Traditionen der bisherigen linken, demokratischen und sozialistischen Bewegungen auf. Dies verlangt von uns, sich kritisch und solidarisch mit der Geschichte der Linken in der DDR und der BRD auseinander zu setzen. Wir stellen uns bewusst in die Traditionen der Aufklärung und des demokratischen Sozialismus, der großen Emanzipationsbewegungen der Arbeiterinnen und Arbeiter und der Frauen, der kolonial und rassistisch unterdrückten Völker."

"Wir wollen Traditionen, Erfahrungen und Kompetenzen jener Kräfte bewahren und erschließen, die gemeinsam unsere neue Partei bilden. Dazu gehören radikaldemokratische, linkssozialdemokratische und linke antikapitalistische Positionen ebenso wie Orientierungen auf die Rechte der Bürgerinnen und Bürger."

"Notwendig ist die Überwindung aller der Profitdominanz zugrunde liegenden Eigentums-, Verfügungs- und Herrschaftsverhältnisse, "in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Marx). Demokratischer Sozialismus in diesem Sinne ist ein emanzipatorischer und transformatorischer Prozess, der in der heutigen Gesellschaft beginnt und zugleich über diese hinausweist."

Gründungsmanifest: "Der Zeitpunkt ist gekommen, die versprengten Kräfte der Linken zu sammeln."

"DIE LINKE versteht sich als Sammlungsbewegung von Menschen unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft, die für mehr soziale Gerechtigkeit kämpft. Sie will eine solidarische Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist."

"DIE LINKE bekennt sich zum demokratischen Sozialismus. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte."

A&W: "Demokratischer Sozialismus ist für uns Ziel, Weg und Wertesystem. Im laufenden Prozess der Partieneubildung wollen wir unsere Identität erweitern, aber nicht aufgeben. Wir

sind als Linkspartei.PDS geprägt vom Gründungskonsens unserer Partei aus dem Jahre 1989. Inhalt dieses Gründungskonsenses war der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus und dem Poststalinismus. Die geistige Überwindung des darauf basierenden real existierenden Staatssozialismus war und ist ein unumkehrbarer Akt der Emanzipation unserer Partei. Sozialismus ohne Freiheit und Demokratie ist für uns als demokratische SozialistInnen nicht vorstellbar. Wir setzen uns als Ziel eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden die Bedingung der freien Entwicklung aller ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen Ausbeutung, patriarchale Unterdrückung, Plünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten demokratisch regeln. Menschenrechte sind für uns unteilbar. Jedes System, das auf eine Beschränkung von Grund- und Freiheitsrechten zum Selbsterhalt setzt, hat historisch keine Überlebenschance. Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität, Emanzipation, Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar miteinander verbunden sind.“

SL: "Eine der Hauptaufgaben der neuen linken Partei muss die Wiederherstellung und Neukonstruktion von Solidarität unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts sein. Die neue linke Partei hat dafür zu arbeiten, dass im Alltagsleben und im Alltagsbewusstsein solidarische Werte und Ziele wieder ihre Bedeutung erlangen. Hierbei hat die neue linke Partei die Notwendigkeit und die Möglichkeiten einer Alternative zum Kapitalismus sowie den Begriff des "Demokratischen Sozialismus" neu zu diskutieren. Die Debatte um die Utopie einer nicht kapitalistisch bestimmten Gesellschaft darf aber nicht den Kampf für die Verbesserung der Alltagsbedingungen im Hier und Jetzt in den Hintergrund treten lassen. Die Menschen brauchen und wollen eine Politik, die von ihren unmittelbaren Interessen ausgeht und aktuelle umsetzbare Konzepte anbietet."

"Sozialistische Perspektiven: Um einen neuen, demokratisch gesteuerten, sozial und ökologisch ausgerichteten Entwicklungsweg der Gesellschaften durchzusetzen, muss die Vorherrschaft des Kapitals, insbesondere der großen und international operierenden Konzerne und Fonds überwunden werden. Entscheidend ist der Ausbau der Wirtschaftsdemokratie und insbesondere die demokratische Regulierung und Kontrolle der Finanzfonds. Alle Formen des Eigentums an konzentrierten Produktionsmitteln sind öffentlicher demokratischer Kontrolle und der Mitbestimmung der Beschäftigten zugänglich zu machen. Wir wollen den Kapitalismus, die Dominanz kapitalistischer Produktion und Interessen für

die gesellschaftliche Entwicklung überwinden. Die Grundrichtungen der wirtschaftlichen Entwicklung dürfen nicht nur dem Markt und den privaten Unternehmen überlassen, sondern müssen demokratisch gesteuert werden. Erforderlich sind starke und zielgerichtete öffentliche Investitionstätigkeit und Nachfragesteuerung sowie leistungsfähige öffentliche Unternehmen. Moderner Antikapitalismus und demokratischer Sozialismus verbinden Erkenntnisse auf der Basis von Marx und von Keynes, statt sie gegeneinander zu stellen.

Wenn es zur Durchsetzung demokratisch festgestellter Ziele erforderlich ist, sind Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft zu überführen, wie es das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vorsieht. Von zentraler Bedeutung, um die Vorherrschaft des Kapitals zu überwinden, ist eine demokratische Vergesellschaftung des Finanzsektors. Eine Verfassung der Europäischen Union muss die Möglichkeiten einer demokratischen Gestaltung der Wirtschaft gewährleisten.

Der nächste Anlauf zur Überwindung der Vorherrschaft des Kapitals wird Neuland betreten. Alte Antworten sind hinfällig, das neue Gelände ist nicht ausreichend vermessen, und in den kommenden Auseinandersetzungen müssen wir uns auf die richtigen Forderungen und neue Strategien einigen. Auch wir haben auf viele Fragen noch keine Antworten."

AKL: "Die zweite grundlegende Aufgabe ist, die gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus wieder in die öffentliche Debatte zu bringen. Zumindest längerfristig sind Identität und Identifizierung einer gesellschaftlichen Linken nur über eine an die Wurzeln gehende Kapitalismuskritik bzw. die Orientierung auf eine sozialistische Perspektive möglich. Unverbindliche antineoliberale Floskeln sind, wenn sie opportun erscheinen, auch der SPD nicht fremd, wie der letzte Bundestagswahlkampf gezeigt hat. Was die SPD absehbar nicht mehr machen wird, ist antineoliberale Politik. Schon deshalb nicht, weil es unter den Bedingungen des globalisierten Kapitalismus der Gegenwart kein in sich schlüssiges antineoliberales Politikkonzept mehr gibt, das in der Ausrichtung nicht zugleich antikapitalistisch kontrolliert und aufgrund seiner Liquidität in der Lage ist, über jede Währung jenseits kapitalistischer Kapitalverwertung immerhin nachzudenken. Die Linke sollte sich daher über eine Reihe antineoliberaler Forderungen definieren, die im Heute verankert sind und zugleich die Debatte über das Morgen ermöglichen: die Debatte also über die Voraussetzungen von Kriegspolitik und kapitalistischer Sozialbarbarei und deren Überwindbarkeit, über die kleine Minderheit der ProfiteurInnen, über die Bedingungen von Konzernmacht und Erpressung, über die Vorteile von öffentlichem im Gegensatz zu privatkapitalistischem Eigentum."

A&W: "Demokratischer Sozialismus setzt sich dafür ein, emanzipatorische und solidarische Interessen der Gesellschaft gegenüber allen anderen durchzusetzen. Hier haben wir mit dem Chemnitzer Programm, das demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wert begreift gute Vorarbeit geleistet. Er entsteht in unserem Verständnis nicht in der Folge eines abstrakten Geschichtsplans, sondern geht von den gesellschaftlichen Realitäten aus. Die ungerechten Verhältnisse, so wie sie sind, können und sollen nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Aber: Die Geschichte ist offen; ihr Verlauf ein Ergebnis von Kämpfen und Aushandlungsprozessen, des Miteinanders und Gegeneinanders unterschiedlicher Interessen unter unterschiedlichen Kräfteverhältnissen. Auch ein Anlauf zum Sozialismus kann scheitern – und er wird scheitern, wenn er dies nicht beachtet. Demokratischer Sozialismus entsteht in der Gesellschaft und aus ihr heraus – oder überhaupt nicht. ... Die Auseinandersetzung mit dem Erbe der DDR – sowohl mit ihren Leistungen als auch strukturellen Defiziten im Bereich von Demokratie und individuellen Freiheiten und den im Namen des Sozialismus begangenen Menschenrechtsverletzungen – und die aus diesem Erbe erwachsende Verantwortung, u. a. für Ostdeutschland und seine Zukunft, gehören auch zum Erbe der neuen Linkspartei in Deutschland. Der Bruch mit dem Stalinismus und allen seinen Spielarten steht für uns nicht zur Disposition; Linkspartei einerseits sowie Avantgarde-Anspruch und Wahrheitsmonopol auf der anderen Seite schließen sich aus."

Emanzipatorische Denkanstöße: "Es geht uns darum, Freiheit und Selbstbestimmung ebenso wie Solidarität als grundlegende Motive linker Politik zu etablieren. Dabei unterscheidet sich unser Verständnis von Freiheit fundamental von dem Zerrbild der Freiheit, das Wirtschaftslobbyisten und ihre gläubigen Anhänger in der Politik zeichnen. Die Frage nach einer Alternative zu Kapitalismus und unfreien Verhältnissen wird von Sozialistinnen und Sozialisten unterschiedlich beantwortet. Unsere Antwort ist nicht einstimmig und sie wird und sie soll es auch nie sein. Eine neue Linkspartei muss die Pluralität ihrer Ansätze und Traditionen anerkennen, von denen die Arbeiterbewegung eine wesentliche, aber nicht die einzige ist. Neben ihr gibt es andere linke Bewegungen, die für Emanzipation streiten: für Emanzipation von rassistischer und sexistischer Unterdrückung, für die Abschaffung von Diskriminierung aufgrund von Behinderung und sexueller Orientierung, Bewegungen, die neue Gerechtigkeitsfragen thematisieren, oder wie es die neue Linke der 70er Jahre getan hat, für Freiheit von staatlicher und autoritärer Unterdrückung streiten. Vor diesem Hintergrund warnt uns die Geschichte der Linken auch vor ökonomistischen Verkürzungen, bekannt als die Hauptwiderspruchsfälle. Wir lehnen es ab, darüber zu entscheiden, welche Ursachen von

Unfreiheit die eigentlichen oder wichtigeren sind."

"Leider wurde und wird im Namen sozialistischer oder kommunistischer Zielsetzungen die individuelle Freiheit nur zu oft als nachrangig betrachtet. Grund-, Freiheits- und Menschenrechte haben nicht in allen Phasen und Strömungen der Linken den prominenten Platz gehabt, der ihnen gebührt – nämlich einen Platz auf gleicher Augenhöhe mit sozialen Rechten. Für uns als demokratische SozialistInnen ist klar: Freiheit ist nichts, was aufgeschoben oder im Interesse anderer Ziele eingeschränkt werden darf. Wir brauchen die gleiche Freiheit wie die Luft zum atmen. Sie ist Sinn unserer Politik. Es ist Aufgabe einer modernen Neuen Linken, Freiheit und Gleichheit zu versöhnen, anstatt der unsinnigen Ideologie aufzusitzen, dass das eine wichtiger sei als das andere."

"Die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes entsprechend der Macht- und Eigentumsverhältnisse ist eine der zentralen Ursachen für die Verhinderung eines selbstbestimmten Lebens."

Marxistisches Forum: "1. Das Sozialismusbild der "Eckpunkte" ist verschwommen. Es wird vom "Kampf für eine friedliche, gerechte und demokratische Gesellschaft" gesprochen, "in der jede und jeder selbstbestimmt und in Würde leben kann". Dabei wird eine grundlegende Veränderung der Eigentums- und Machtverhältnisse gefordert, viele von uns verstünden darunter den demokratischen Sozialismus. Es ginge um "Unterordnung der Wirtschaft unter soziale und ökologische Zielsetzungen einer gerechten Politik" (Präambel). Notwendig sei, wie es einleitend zum Teil III heißt, "die Überwindung aller der Profitdominanz zugrunde liegenden Eigentums-, Verfügungs- und Herrschaftsverhältnisse", "in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist", wie Karl Marx zitiert wird. "Demokratischer Sozialismus in diesem Sinne ist ein emanzipatorischer und transformatorischer Prozess, der in der heutigen Gesellschaft beginnt und zugleich über diese hinausweist. Wir wollen eine Erneuerung der Demokratie, die es ermöglicht, die Verfügung über sämtliche Formen des Eigentums sozialen Kriterien zu unterwerfen".

"Das alles beruht auf der illusorischen Annahme, dass es möglich sei, bei grundsätzlicher Beibehaltung der heutigen Eigentumsverhältnisse ("der Wirtschaft") von der Politik her einen anderen Umgang mit eben diesem Eigentum zu erreichen. Von Marx wird sein politisch-praktischer emanzipatorischer Ausgangspunkt akzeptiert, aber getrennt von der auf dieser Grundlage von ihm, Friedrich Engels und vielen anderen Marxisten entwickelte Theorie, die natürlich immer wieder neu überprüft werden muss. Ein Marx-Zitat aber macht noch keinen Marxisten. Damit eng verbunden ist die Negierung der Erfahrungen des Frühsozialismus, die

eben positiv und negativ waren. Sie werden in der Präambel nur mit den lapidaren Sätzen "Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus" abgefertigt. Es wird ignoriert, dass "die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und das spätere Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten ... in berechtigtem Gegensatz zur Weiterführung des Kapitalismus in Westdeutschland (standen), der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichbaren Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war. Zur Geschichte der DDR gehören bemerkenswerte Ergebnisse und wertvolle Erfahrungen im Kampf um soziale Gerechtigkeit, um die Bestimmung der Ziele der Produktion im Interesse der Bevölkerung, um die Teilhabe breiter Bevölkerungskreise an Bildung und Kultur und um ein solidarisches und friedliches Gemeinwesen auf deutschem Boden" (Programm der PDS von 2003)."

"Der Sozialismus ist mehr als eine unverbindliche Vision. Er ist eine Gesellschaftsordnung, in der die Dominanz des Privateigentums (nicht nur des Profits, wie immer das gehen soll) aufgehoben ist. Auch wenn wir nicht mehr gewiss sein können, dass auf den Kapitalismus der Sozialismus (sondern vielleicht die Barbarei) folgen wird, ist das Wachhalten der Vorstellung einer möglichen und notwendigen Alternative Voraussetzung jeglichen konsequenten antikapitalistischen Kampfes und der glaubwürdigen Ausarbeitung von Reformalternativen. Verschwindet das Ziel des Sozialismus im Nebel, wird die Verbindung zur Vergangenheit gekappt, dann fehlt der Partei die dritte Dimension, bleibt nur Pragmatismus mit visionärer Begleitmusik für Feiertage."

4. Geschlechterverhältnisse

Die hier untersuchten Positionen zum Feld Geschlechterverhältnisse offenbaren einen fundamentalen Dissens in Fragen der Gewichtung wie auch der Gestaltung des Themas.

Die Programmatischen Eckpunkte weisen ansatzweise den Anspruch auf, Geschlechterdemokratie sowohl als Querschnittsthema, als auch als eigenständigen Gliederungspunkt in der Struktur der Programmatik zu verankern. Damit stehen sie unter den vorliegenden Papieren allein, sieht man von den rein auf dieses Thema konzentrierten zwei Papieren einmal ab. Vollkommen abwesend ist der Geschlechteraspekt in der Positionierung des Marxistischen Forums, einen Halbsatz umfasst er bei der AKL. Vorherrschend ist der Versuch, das Thema mehr oder weniger prominent in die anderen Sachthemen zu integrieren.

Die SL spricht Frauen hauptsächlich unter dem Aspekt ihrer gesteigerten Erwerbsneigung an. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll für Männer und Frauen gewährleistet werden. Eine Auseinandersetzung mit den Formen herrschender Diskriminierung erfolgt ebenso wenig, wie eine genauere Bestimmung der Instrumente (z.B. Quote) zur Herstellung der angestrebten innerparteilichen Geschlechtergerechtigkeit.

Einen Schritt weiter geht der Gründungsaufwurf, wenn er die Frauenbewegung als eine seiner Wurzeln benennt und die Gleichstellung der Geschlechter bei Erwerbseinkommen und sozialer Sicherung fordert. In weitere Bereiche dringt das Thema jedoch auch hier nicht vor. Einen anderen Weg wählen die Emanzipatorischen Denkanstöße: Mit der bereits zitierten Wendung gegen ein "ökonomistisches" Verständnis von Geschlechterungleichheit als "Nebenwiderspruch" sprechen sie sich für eine deutliche politische Aufwertung des Themas aus. Ihre weiteren Ausführungen lösen diesen Anspruch jedoch nicht ein. Zwar wird mit dem "Ernährer-Modell" die geschlechtliche Rollenverteilung und ihre Festschreibung in den Sozialsystemen kritisiert, ein weitergehendes Politikangebot für Frauen wird jedoch auch hier nicht gemacht.

Schließlich besteht ein weitreichender Dissens zwischen den geschlechterpolitischen Positionen der Programmatischen Eckpunkten einerseits und der Landesfachkommission Frauen der WASG Niedersachsen andererseits. Hauptgegenstand ist die Frage, ob für die Lage der Frauen heute tatsächlich, wie dies das Eckpunktepapier formuliert, eine Differenzierung der Lebenssituationen und darauf aufbauend gewandelte soziale, kulturelle und ökonomische Handlungsspielräume prägend sind oder ob diese rein "symbolisch" sind und sich die Gesamtsituation für die Frauen deutlich verschlechtert hat.

Programmatische Eckpunkte: "*Geschlechtergerechtigkeit*: Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist in den letzten Jahrzehnten auf vielen Gebieten vorangekommen, dennoch werden Frauen am Arbeitsplatz, in der Familie und in der Politik noch immer diskriminiert. Heute werden vor allem Frauen in unteren Einkommensgruppen durch Arbeitslosigkeit und Hartz-Reformen zunehmend zu Verliererinnen in der Gesellschaft."

"Zur Demokratisierung aller hierarchischen Verhältnisse gehört, die Dominanz von Männern über Frauen in der Gesellschaft zu überwinden und für die tatsächliche *Gleichstellung der Geschlechter* in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu streiten."

"Wir wollen Geschlechterdemokratie auch im Erwerbsleben und fordern gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit für Frauen und Männer. Deswegen wollen wir, dass in vielen Bereichen, in denen überwiegend Frauen beschäftigt sind, deutlich höhere Einkommen durchgesetzt

werden. Ein wirksames Gesetz muss die Diskriminierung auch in der Privatwirtschaft unterbinden. Die Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen entschieden verbessert werden. Das erfordert den flächendeckenden bedarfsgerechten Ausbau von Ganztageseinrichtungen für Kinder jeden Alters sowie von hochwertigen Angeboten für pflegebedürftige Menschen."

SL: "Die neue linke Partei muss für Geschlechtergerechtigkeit stehen und dies mit klaren Satzungs- und Verfahrensrechten der Frauen innerhalb der Partei regeln und praktizieren. In der neuen linken Partei müssen sich Ost wie West mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen und Interessen wiederfinden, ehemalige Mitglieder von Linkspartei.PDS und WASG sowie Menschen, die bisher in keiner oder anderen Parteien aktiv waren. Der Aufbau der Partei muss auf der Basis der Gleichberechtigung von WASG und Linkspartei.PDS und einer weitgehenden Parität zwischen Ost und West erfolgen."

Programmatische Eckpunkte: "Geschlechterdemokratie: Der Alltag von Frauen in der Bundesrepublik ist bestimmt durch eine Vielzahl differenzierter Lebenslagen. Alter, Qualifikation, Beruf, sexuelle Orientierung, familiäre Situation u.a. prägen maßgeblich Handlungsspielräume und weibliche Selbstbeschreibung in der Gesellschaft. Dank Frauenbewegung und Eröffnung breiter Zugänge zu Bildung, Qualifikation und Erwerbsarbeit sind Frauen längst nicht mehr auf den privaten Bereich beschränkt. Dennoch bestehen viele Schranken geschlechtlicher Diskriminierung weiter oder werden durch eine Politik des Rollback neu belebt.

Gut qualifizierte Frauen haben heute die Chance auf eine adäquate Berufskarriere, die Anforderungen kommunikativer Kompetenzen am Arbeitsplatz erfüllen sie meist besser als ihre männlichen Kollegen, ihre Entlohnung ist dennoch im Schnitt um ein Drittel geringer und die Führungsetagen bleiben ihnen in allen gesellschaftlichen Bereichen in ihrer Breite versperrt. Die Entscheidung für Kinder ist für Frauen noch immer die für eine "Doppelbelastung": Kinderbetreuung, Erziehung und gemeinsamer Haushalt bleiben bei zu geringer gesellschaftlicher Hilfestellung dem privaten Arrangement überlassen.

Frauen mit niedrigerer Qualifikation oder langen Familienzeiten außerhalb des Erwerbssystems sind die gesellschaftlichen "Verliererinnen" der Sozialreformen der letzten Jahre. Geringere Renten- und Sozialversicherungsansprüche, finanzielle Abhängigkeit vom Partner, "Risikogruppe" am Arbeitsmarkt; vor allem in Ostdeutschland sind es die Frauen, die von der herrschenden Politik diskriminiert werden.

Gegen diese Diskriminierungen setzen wir eine Politik der konsequenten gleichen Beteiligung von Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen der Gesellschaft. Für uns sind gesetzlich verankerte Frauenförderinstrumente, wie Quotierung oder Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, Gleichstellung von Frauen in den Systemen sozialer Sicherung und Gesundheit, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit bei Aufwertung „weiblicher“ Tätigkeiten, bedarfsdeckender Ausbau von ganztägigen Einrichtungen zur Kinderbetreuung sowie ein v.a. für untere Einkommenschichten auskömmliches Elterngeld (mit einer positiven Diskriminierung betreuender Väter) zentrale Forderungen auf diesem Weg.

Die Überwindung "typisch weiblicher" und "typisch männlicher" Geschlechterrollen durch eine bewusste Gestaltung in Bildung, Erziehung, Ökonomie, Medien etc. ist für uns Grundlage für eine freie Entfaltung der Menschen nach ihren Fähigkeiten und gesellschaftliche Bereicherung. Wir treten ein für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, dazu gehört auch das Recht, darüber zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austragen. Deswegen fordern wir weiter die Streichung des Paragraphen 218 aus dem Strafgesetzbuch.

Gewalt gegen Frauen bekämpfen wir, indem wir die Rechte der Opfer stärken, eine umfassende Infrastruktur von Beratungs- und Schutzeinrichtungen fördern und die Selbstorganisation von Frauen unterstützen."

"Eine neue Linke will den Anspruch aller Menschen auf ein freies, selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand durchsetzen. Im Mittelpunkt steht dabei nach wie vor für Männer und zunehmend auch für Frauen die Erwerbstätigkeit als Bedingung und Grundlage für vielfältige andere Tätigkeiten. Dies steht nicht im Widerspruch dazu, dass bei steigender Zahl der Erwerbstätigen das gesellschaftliche Arbeitsvolumen tendenziell rückläufig ist und die Menschen sich nicht über Erwerbsarbeit allein definieren."

"Die gesellschaftliche Dominanz von Männern über Frauen und jede Diskriminierung von Menschen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik wollen wir überwinden. Durch sozialstaatliche Regelungen und Dienstleistungen sind gleiche Chancen für Männer und Frauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Eingewanderte und ihre Nachkommen brauchen gleiche und gesicherte Rechte sowie umfassende Hilfen zur Integration."

Gründungsaufruf: "DIE LINKE kämpft für die Gleichstellung von Männern und Frauen. Die Frauenbewegung ist eine ihrer politischen Wurzeln. Deshalb streitet sie für soziale Sicherungssysteme, die von einem individuellen Rechtsanspruch ausgehen. Dieser soll auch für das Sozial-, Steuer- und Arbeitsrecht gelten. Die LINKE will die lohnpolitische

Gleichstellung der Frau. Es ist nicht hinnehmbar, dass Frauen in Deutschland deutlich weniger Lohn erhalten."

Emanzipatorische Denkanstöße: "Doch bislang ist die traditionelle Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern in Form des "Ernährermodells" Grundlage unseres Sozial-, Arbeits- und Steuerrechts. Dies stellt nicht nur eine Diskriminierung von Frauen dar, es ist der aktuellen Pluralisierung der Lebensentwürfe schlichtweg nicht mehr angemessen. Eine neue Linke sollte den Mut haben, sich von diesen alten Zöpfen zu verabschieden. Sie sind einer modernen Linken nicht angemessen. Bestehende Formen der Bedarfsgemeinschaft und gegenseitiger Unterhaltsansprüche zwischen Erwachsenen stellen Formen der Zwangsvergemeinschaftung dar, die wir ebenso ablehnen wie die Subventionierung der Hausfrauenehe durch das Ehegattensplitting."

AKL: "Besonders Frauen werden in Billigjobs oder ganz aus dem Arbeitsmarkt verdrängt, Grund- und Freiheitsrechte werden eingeschränkt und in ökologischen Fragen ist der Rückwärtsgang eingelegt. Der Militärhaushalt dagegen wird auf hohem Niveau gehalten."

Landesfachkom. Frauen: "Im Eckpunktepapier erscheint das Thema zweimal explizit, eingeordnet in eine Liste weiterer (und damit gleichrangig wirkender) Themen. Diese Platzierung erscheint uns nicht adäquat. Vielmehr ist eine Analyse des Zusammenhangs zwischen der Ökonomie des fortentwickelten Kapitalismus, der Globalisierung und dem Neoliberalismus einerseits und den Geschlechterverhältnissen andererseits erforderlich, um die richtigen Forderungen entwickeln und die richtige Strategie einschlagen zu können. Nach unserer Einschätzung ist die Geschlechterfrage mit allen anderen politischen Fragen untrennbar verbunden."

"Seit Jahrhunderten gibt es in den europäischen Gesellschaften eine binäre hierarchische Geschlechterordnung, die sich in den unterschiedlichen historischen Phasen unterschiedlich ausformte. Gemeinsam ist ihnen bis heute, dass Menschen je nach ihrem biologischen Geschlecht unterschiedliche Plätze in der Gesellschaft zugewiesen werden. Dabei erfährt das, was als männlich gilt, eine höhere Wertung als das, was als weiblich gilt.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus bildeten sich mit der Trennung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit Geschlechterverhältnisse heraus, die Männern die bezahlte Erwerbsarbeit und die Öffentlichkeit, Frauen die unbezahlte Reproduktionsarbeit und das Private zuwiesen.

Die private unbezahlte Reproduktionsarbeit der Frauen ist auch heute noch eine Säule für das Funktionieren der traditionellen Erwerbsarbeit. Aber die veränderten ökonomischen Bedingungen (mehr Kopf- als Handarbeit, Produktivitätszuwachs, Massenarbeitslosigkeit) und die neoliberale Politik stellen die Geschlechterverhältnisse gleichzeitig auch in Frage. Der Neoliberalismus vertritt das Idealbild der starken, bindungslosen, "eigenverantwortlichen", flexiblen Leistungsmenschen, die sich in Konkurrenz zu anderen behaupten (die zumeist männlich gedacht werden, aber auch weiblich sein können). Diese Menschen brauchen keinen Sozialstaat, weil sie auf keine Hilfe angewiesen sind, und keine Familie, weil diese mit ihrer Bindung und mangelnden Flexibilität im Konkurrenzkampf zum Nachteil wird. Diejenigen aber, für die in Erwerbsarbeit kein Platz ist, werden auf die "Solidarität" der "Bedarfsgemeinschaften" im Privaten verwiesen. Hier sollen Bindungen eingegangen und soll Verantwortung übernommen werden, damit privat (von Frauen) geschultert wird, was bisher Sache des Sozialstaats war.

Für neoliberale Politik gibt es keinen Unterschied zwischen Frauenpolitik und Familienpolitik. Mit "Gleichstellung von Frauen" meint sie "Ausschöpfung von Humanressourcen". Die öffentlichen Einrichtungen, in denen bisher der Sozialstaat Reproduktion organisierte, z.B. Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, Pflegeheime (und in denen der Großteil der Erwerbstätigen Frauen sind), werden den Gesetzen des Marktes unterworfen. Mit der Reproduktionsmedizin kann selbst das Hervorbringen von Kindern zu einer Dienstleistung werden, die Marktgesetzen folgt.

An dieser Stelle werden die Geschlechterverhältnisse zur Schlüsselfrage der gesamten Politik. Gelingt es, die bisher von Frauen unentgeltlich und im Privaten geleistete Arbeit in die Verantwortung einer demokratisch organisierten Gesellschaft und damit ins Öffentliche und in die Verantwortung von Männern und Frauen zu bringen, und damit auch ein neues Verhältnis zwischen Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, ehrenamtlicher Arbeit, etc. zu definieren und zwischen Männern und Frauen solidarisch aufzuteilen, können neoliberale Entsolidarisierung und Marktunterwerfung gestoppt werden. Eine neue soziale Idee kann Konturen und gesellschaftsverändernde Kraft gewinnen."

5. Staat – Gemeinwesen – Eigenverantwortung

Neben den konkreten Politiken für Arbeit, Wirtschaft und Soziales offenbaren die Positionspapiere ein weiteres Feld intensiver Auseinandersetzung: Die moderne Definition des Staates zwischen kollektiven Regelungen des Gemeinwesens und individueller Eigenverantwortung. Diese Diskussion geht in ihrer Bedeutung über das Thema der Privatisierung öffentlichen Eigentums hinaus und verankert diese gleichzeitig in einer weiterreichenden Argumentation. Im Vergleich der Positionspapiere ergibt sich ein eindeutiges Kräfteverhältnis:

Fast alle Ansätze warnen deutlich vor einer Politik der Reduzierung staatlicher Verantwortung zulasten des Individuums und verdeutlichen den Zusammenhang von Privatisierung, Deregulierung und neoliberaler Ideologie. Einzig A&W schließt sich dieser Positionierung nicht an. Ein Nein zu Privatisierungen unterbleibt zugunsten einer weichen Formulierung über die Verantwortung öffentlicher Eigentumsformen. Zwar wird auch hier die Bedeutung eines starken Sozialstaates betont, den eine ebensolche Zivilgesellschaft gegenüberstehen müsse, der Unterschied wird jedoch in einer Gegenüberstellung mit den Emanzipatorischen Denkanstößen deutlich. Während letztere eine Stärkung der Individuen gerade durch leistungsfähige Sicherungssysteme und Einrichtungen in öffentlicher Hand propagieren, bleibt der Bedingungs Zusammenhang zwischen Zivilgesellschaft und öffentlichen Gütern bei A&W unklar.

SL: "Mit der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte begründet die neoliberale Ideologie Privatisierungen öffentlichen Eigentums und Sozialkürzungen. Dem Alltagsbewusstsein entspringt die Vorstellung, dass Staaten genauso wie Privathaushalte sparen müssten, wenn sie zu wenig Geld haben. Dass jedoch Kürzungen des Staatshaushalts krisenverschärfende Wirkungen haben, ist ebenso wenig bewusst, wie dass die Finanzkrise durch politische Umverteilungsentscheidungen selbst geschaffen wurde."

"Wir leben nicht auf Kosten der nächsten Generation, wenn wir dieses Geld in öffentliche Infrastruktur, Krankenhäuser, Altenpflegeeinrichtungen, Bildungsinstitutionen usw. investieren, die noch lange genutzt werden. Privatisierung öffentlichen Eigentums, das über Generationen aufgebaut worden ist, dient der "inneren Landnahme", also der Erschließung neuer Verwertungsfelder in der Gesellschaft durch Kapital, das woanders keine profitable Anlagemöglichkeit mehr findet. Um Gewinn zu erzielen, werden auf dem Rücken der Beschäftigten Kosten gesenkt und die Preise erhöht. Damit werden entweder ärmere Schichten als Nutzer wichtiger Dienstleistungen ausgeschlossen oder bei öffentlicher

Subventionierung der Preise eine Umverteilung zugunsten der Privatanbieter bewirkt. Da Freiheit und Individualitätsentwicklung vom Zugang zu solchen Dienstleistungen abhängen, trägt diese Politik zur Spaltung der Gesellschaft bei."

Gründungsaufruf: "DIE LINKE will Schluss machen mit einer Politik, die das öffentliche Vermögen verkauft und damit die Bevölkerung enteignet. Statt der neoliberalen Privatisierung will sie die gesellschaftliche, das heißt die staatliche und kommunale Verantwortung für Bildung und Gesundheit, für Wasser- und Energieversorgung, für Stadtentwicklung und Wohnungen, für öffentlichen Nah- und Fernverkehr, sowie für wichtige Teile der Kultur. Gewählte Repräsentanten sollen die örtliche Daseinsvorsorge gestalten. Der Abbau von Stellen im Öffentlichen Dienst vergrößert die Arbeitslosigkeit. In kaum einer anderen Industriegesellschaft – nicht in den USA, auch nicht in Großbritannien und schon gar nicht in den skandinavischen Ländern – arbeiten im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten so wenige Bürgerinnen und Bürger im Öffentlichen Dienst wie in Deutschland."

Marxistisches Forum: "3. Im Punkt 1 Arbeit des Teils III werden eine Reihe wichtiger Forderungen gestellt: Arbeitszeitverkürzungen, gerechtere Verteilung der Arbeit auf alle, Begrenzung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit auf höchstens 40 Stunden sowie ein gesetzlicher Mindestlohn, der bei einer regulären Vollzeitbeschäftigung eine Existenzsicherung oberhalb des Armutsniveaus gewährleistet. Umso unverständlicher ist es, dass am Schluss des Punktes erklärt wird: "Unter Linken wie in der Gesellschaft ist umstritten, ob die Forderung nach Erwerbsarbeit für alle Arbeitssuchenden noch ein realistisches und zentrales Ziel alternativer Politik sein kann".

"Wer sich als Opponent des Neoliberalismus versteht, darf Privatisierungen nicht befürworten."

AKL: "Auch die Konsequenzen rüder Privatisierungspolitik – ob hohe Strompreise bei desolaten Netzen, eskalierende Wassergebühren oder Streckenstilllegungen der Bahn – sind mittlerweile offenkundig. Es sind einfach zu viele Menschen, die in ihrem täglichen Leben zu spüren bekommen, dass die neoliberalen Verheißungen größerer Freiheit und Eigenverantwortung vor allem eines bedeuten: das durch keine Regel mehr gebändigte Faustrecht des Wirtschafts-Stärkeren."

"1. Keine weiteren Privatisierungen: Die Linke kämpft um die Ausweitung öffentlichen

Eigentums, um die Rücknahme vergangener Privatisierungen, um die Rekommunalisierung von Eigentum, insbesondere in den Bereichen Wohnen, Wasser, Energie, Gesundheit oder Nahverkehr. Das Mindeste, was die Linke in Regierungen unter allen Umständen gewährleisten muss, ist ein sofortiger Stopp weiterer Privatisierungspolitik, egal in welchem Bereich und in welchen Facetten.

2. Kein Abbau öffentlicher Beschäftigung: Die Linke kämpft um einen Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors, um kürzere Arbeitszeiten mit vollem Lohnausgleich. Das Mindeste, was wir zusichern müssen, ist ein Erhalt der vorhandenen Stellen bei gegebenem Lohnniveau. Deutschland gehört zu den europäischen Ländern, in denen die Zahl öffentlich Beschäftigter pro Kopf der Bevölkerung schon heute sehr niedrig ist. An einer weiteren Reduzierung wird sich die Linke nicht beteiligen."

A&W: "Für eine neue soziale Idee. Um sie umzusetzen, braucht es einen starken, demokratisch-verfassten Sozialstaat und erst recht eine starke, soziale Prioritäten setzende Gesellschaft. Für die Sicherung oder gar den Ausbau des Sozialstaates reicht es deswegen auch heute nicht aus, nur auf den Staat, auf seine Gesetze und sein Geld, zu schauen. Das Versagen der "Reformpolitik" erklärt sich auch aus dem fehlenden innovativen Unterbau in der Gesellschaft, aus der alleinigen Verantwortungszuweisung an den Staat. Deshalb wollen wir uns nicht zuerst auf die Verwaltung der Missstände und die Durchsetzung entsprechender Maßnahmen konzentrieren, sondern alles dafür tun, die kreativen, innovativen Kräfte in der Gesellschaft frei zu setzen und im Sinne der breiten Bevölkerung nutzbar zu machen.

Daraus erwächst eine neue Art von Regulierung – beruhend auf erneuerten sozialen Sicherungssystemen und auf der Stärkung der Zivilgesellschaft und des Individuums. Dabei geht es um mehr als ausreichendes Essen und eine trockene Wohnung. Es geht um die Beteiligung an der Wissensgesellschaft, um Kommunikation, um sozial gleichen Zugang zu Bildung – und das ein Leben lang. Und es geht um die Beteiligung aller an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen und damit um mehr Demokratie.

Durch gerechtere Steuern und Abgaben müssen die hohen Einkommen und die großen Vermögen an der Finanzierung der Staatsaufgaben endlich angemessen beteiligt werden. Ausufernde öffentliche Verschuldung ist mit einer nachhaltigen Gesellschaftspolitik unvereinbar; eine Rückführung überhöhter Verschuldung, besonders in den Ländern und Kommunen ist ebenso Aufgabe der Linken. Hierfür ist aber eine gerechte Steuerpolitik auf Bundesebene nötig und möglich.

Dies ist unser Gegenentwurf zur neoliberalen Deregulierung und zum Sozialabbau. Dies ist

der Weg, den moralischen Grundwerten der Gesellschaft auch gegenüber der Wirtschaft Geltung zu verschaffen."

Emanzipatorische Denkanstöße: "Staat und Politik müssen im Sinne des öffentlichen Interesses handlungsfähig bleiben. Deshalb kämpfen wir für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und gegen die fortschreitende Privatisierung von Daseinsfürsorge. Der Macht der Unternehmerverbände, die das gesamte Leben zu einer Ware machen wollen, setzen wir eine Revitalisierung des Politischen entgegen."

"Freiheit für jede und jeden Einzelnen wird nur durch gesamtgesellschaftliche Umverteilung ermöglicht werden. Ein Politikansatz, nach dem der Staat die Lebensweisen paternalistisch "für" die Menschen regelt, ist jedoch kein Weg. Wir setzen auf die Kräfte der Zivilgesellschaft, auf die Widerstandstradition der sozialen Bewegungen und die Lust der Einzelnen, die eigene Welt demokratisch zu gestalten. Dieses Verständnis unterscheidet sich grundlegend vom neoliberalen Ruf nach mehr "Eigenverantwortung", was nichts anderes meint, als die Privatisierung sozialer Risiken."

6. Arbeit, soziale Sicherung und zukünftiges Wirtschaften

Konsens unter allen Positionspapieren ist die Konzeption eines entschiedenen oder radikalen Politikwechsels für die Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die Konzeptionen sind – bei aller Unterschiedlichkeit – einerseits auf den gegenwärtigen Problemstand der Gesellschaft bezogen und haben andererseits offen oder verdeckt auch eine weitere Entwicklungsperspektive über den Kapitalismus hinaus.

Kernpunkte aller vorlegten Positionsbestimmung sind:

- Eine Stärkung der Binnenwirtschaft, der lokalen Ökonomie und letztlich eines solidarischen Wirtschaftens.
- Eine Rekonstruktion sozialer Sicherheit mit deutlichem Schwerpunkt auf die Existenzsicherung der unteren sozialen Schichten bzw. Klassen.
- Die Finanzierung der Reformvorschläge stützt sich durchweg auf eine Einbeziehung großer Vermögensbestände.

Unterschiede bestehen hingegen in den Vorstellungen zu Art und Umfang der Regulierung des Kapitals. Während sich in den Programmmatischen Eckpunkten, bei der SL und im

Gründungsaufwurf eine differenzierte Darstellung des modernen Finanzkapitals als treibender Kraft des Shareholder-Kapitalismus findet, bleiben Marxistisches Forum und Emanzipatorische Denkanstöße beim Vorhandensein allgemeiner Herrschaftsverhältnisse stehen. Bei der AKL findet sich eine plakative Zuspitzung auf Millionäre und Großbanken.

Auch die Vorstellungen über die konkrete Ausgestaltung alternativer Wirtschaftspolitik oder eines Politikwechsels laufen weit auseinander. Deutlich wird dies bei den Antworten auf die herrschende Massenarbeitslosigkeit und damit die Existenzsicherung der Bürgerinnen und Bürger, die keine realistische Chance mehr zum Verkauf ihrer Arbeitskraft haben.

Bei den Emanzipatorischen Denkanstößen und Marxistischem Forum wird die Vorstellung von der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit als Illusion oder Mythos abgelehnt. Auch in dieser Position sind allerdings die Übereinstimmungen gering. Die emanzipatorischen Denkanstöße kritisieren die beständigen Versuche, den Arbeitszwang zu konservieren und plädieren daher in der Konsequenz für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Diese Position wird am deutlichsten durch die SL abgelehnt, aber auch in den übrigen Positionsbestimmungen nicht aufgegriffen.

Auch die AKL und Marxistisches Forum kritisieren die Illusion von der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit. Allerdings befürworten sie nicht die Konzeption des bedingungslosen Grundeinkommens, sondern fordern die Überwindung des Profitsystems, d.h. die radikale Änderung der Machtverhältnisse.

Die Programmatischen Eckpunkte plädieren für einen schrittweisen Abbau der Massenarbeitslosigkeit durch einen entschiedenen Politikwechsel.

Programmatiken Eckpunkten, Gründungsmanifest und SL ist die Formulierung zentraler Übergangsforderungen gemein, die von Gewerkschaften, Sozialverbänden, globalisierungskritischen Organisationen und kritischen WissenschaftlerInnen in den letzten Jahrzehnten entwickelt worden sind. Dazu gehören öffentliche Investitionsprogramme, Arbeitszeitverkürzungen, aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Umbau des Systems sozialer Sicherheit in Richtung solidarische Umverteilung und armutsresistente Grundsicherung für Beschäftigungslose.

Gegenfinanziert wird dies durch eine Vermögens- und Unternehmenssteuerreform, mit der auch die Kontrolle der Finanzmärkte erreicht werden soll.

Mittelfristig wird eine Demokratisierung der Unternehmen, eine gesellschaftliche Rahmenplanung und staatliche Interventionen als Gegengewicht zu kapitalistischer Gewinnorientierung ins Auge gefasst, was in der Formel der Zurückdrängung der Profitdominanz festgehalten wird.

Dieses Herangehen – Übergangsforderungen und demokratische Umgestaltung von Unternehmen und Gesamtwirtschaft – wird von Marxistischem Forum und Emanzipatorischen Denkanstößen abgelehnt. Die Emanzipatorischen Denkanstöße formulieren erhebliche Zweifel daran, dass eine Gesellschaft, gegründet auf die Zentralität von Erwerbsarbeit, einem linken emanzipatorischen Anspruch gerecht werden kann. Basis dieser Argumentation ist die Gleichsetzung von Erwerbsarbeit mit Arbeitszwang.

Emanzipatorische Denkanstöße: "Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Durch den Anstieg der Produktivität werden immer mehr Dienstleistungen und Produkte von immer weniger Beschäftigten bereitgestellt. Es scheint daher paradox: Obwohl immer mehr Menschen verzweifelt einen Job suchen, nehmen Repressionen gegenüber Erwerbslosen immer mehr zu. Der Zwang zur Aufnahme von Arbeit funktioniert auf verschiedene Weise - sowohl durch administrative Repressionen, als auch durch soziale Sanktionen und Stigmatisierung sowie faktisch über das Anziehen finanzieller Daumenschrauben.

Wir lehnen jeglichen Zwang zur Arbeit ab. Das Recht und die Freiheit, seinen Arbeitsplatz selbst aussuchen zu können, ist eines der fundamentalen Grundrechte, die wir als Linke verteidigen müssen. Schließlich wissen wir um den entfremdeten Charakter von Erwerbsarbeit unter kapitalistischen Verhältnissen. Die materielle Absicherung ist ein Menschenrecht. Der Staat hat nicht das Recht, durch Arbeitszwang Existenzsicherung in Frage zu stellen – wie zum Beispiel bei der Verweigerung, einen Ein-Euro-Job anzunehmen. Nur wenn man die Tätigkeit, mit der man einen großen Teil seiner Lebenszeit ausfüllt, frei wählen kann, hat man Verfügungsgewalt über sein eigenes Leben. Der Zwang zur Arbeit schwächt zudem die Verhandlungssituation der (potentiell) Beschäftigten gegenüber den Unternehmen. Der bzw. die Einzelne darf nicht dafür bestraft werden, dass Wirtschaft und Politik darin versagt haben, den Fortschritt zum Wohle aller zu nutzen.

Erwerbslosigkeit stellt in dieser Gesellschaft für viele das zentrale Problem dar, weil Wertschätzung, soziale Kontakte und Sinnstiftung für die meisten vorrangig über Erwerbsarbeit realisiert werden. Wir müssen diese Bedürfnisse ernst nehmen und sind uns der Notwendigkeit bewusst, neben der gerechteren Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit andere Formen von Tätigkeit und Sinnstiftung zu befördern. Aber es ist nicht Aufgabe einer modernen Linken, unkritisch in den Chor "Arbeit muss her!" einzustimmen. Es ist unmöglich und kann nicht gewollt sein, die Krise der fordistischen Arbeitsgesellschaft durch ihre Wiederherstellung zu überwinden. Denn dies würde der Entwicklung der Produktivkräfte nicht mehr entsprechen. Wir betrachten es als einen Fortschritt, wenn die Entwicklung der

Produktivkräfte schwere und entfremdete Arbeit überflüssig machen kann. Gleichzeitig entstehen Freiräume für andere Arten von Tätigkeit, die es zu nutzen gilt".

"Die globalisierte Weltwirtschaft produziert immensen Reichtum, noch nie soviel wie heute. Und zugleich erzeugt sie Armut und Elend. 2004 verfügten 587 Milliardäre über 1,9 Billionen Dollar, dies waren 500 Milliarden Dollar mehr, als im Vorjahr. Die meisten dieser Milliardäre sind US-Amerikaner, danach folgen Deutsche und Russen. In Afrika, südlich der Sahara, hungern im Jahr 2005 30% der Bevölkerung, 39% sind Analphabeten, zwei Drittel haben keinen Zugang zu sanitären Anlagen. Elend und Armut im Trikont sind in ihrem Ausmaß sicher kaum vergleichbar mit Armut in Deutschland oder der EU. Doch auch innerhalb der reichen Länder des Nordens verschärfen sich die ökonomischen Unterschiede. Von 2003 bis 2005 wuchs das Bruttoinlandsprodukt in der BRD um 80,6 Milliarden Euro, die Einkommen aus Unternehmen und Vermögen im selben Zeitraum um 86,7 Milliarden Euro. Die Arbeitnehmerentgelte sanken um 2,2 Milliarden Euro.

Die Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes entsprechend der Macht- und Eigentumsverhältnisse ist eine der zentralen Ursachen für die Verhinderung eines selbstbestimmten Lebens. Zum einen lässt der Mangel an entscheidenden Mitteln zum Leben in den ärmsten Regionen der Welt Selbstbestimmung und Entfaltung als nachrangig hinter dem unmittelbaren Bedürfnis zum Überleben werden. Zum anderen ist auch in den reicheren Ländern der Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen entscheidend für die tatsächlichen Entfaltungsmöglichkeiten."

Marxistisches Forum: "Wir wissen, dass die Ausrufe anderer Parteien: "Vorfahrt für Arbeit" und ähnliches verlogen sind. Die Erfahrungen spätestens seit der Agenda 2010 belegen, dass das wirkliche Ziel "Sicherung des Standorts Deutschland für Konzerne durch hohe Gewinne" bestimmend war und ist. Einseitig wird die Exportindustrie zu Lasten der Binnennachfrage gefördert. Die Rechnung: Niedrige Steuern und Lohnverzicht bringen höhere Gewinne und höhere Gewinne bringen mehr Arbeitsplätze ist durch die reale Politik widerlegt worden, war aber nie ernst gemeint. Die Linkspartei muss deutlich machen, dass sie die Frage der Arbeit tatsächlich und nicht in der Phrase in den Mittelpunkt stellt. Deshalb kann es für sie nur einen Maßstab geben: "Zunahme der existenzsichernden Arbeitsplätze".

Die Zunahme solcher Arbeitsplätze ist auch der einzige Weg für die Gewährleistung eines solidarischen umlagefinanzierten Systems der Sozialversicherung. Nur ein solches System gewährleistet Rechtsansprüche, Selbstachtung der Betroffenen und unterwirft sie nicht einer bürokratischen Bedürfnisprüfung (Hartz IV), der nicht das Prinzip der Leistungsgerech-

tigkeit, sondern der Fürsorge zugrunde liegt. Es ist nicht möglich, mit einem Schlag die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Aber ein greifbarer, nachprüfbarer erheblicher Rückgang ist möglich und notwendig."

"Ein zentrales Projekt der neuen linken Partei ist die Einführung einer individuellen bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung: Wer wegen Arbeitslosigkeit, geringem Einkommen, mangelhafter Ausbildung oder aus anderen sozialen, gesundheitlichen oder altersbedingten Gründen arm oder von Armut bedroht ist, soll Anspruch auf eine individuelle, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung haben. Wir wollen Erwerbslose solidarisch absichern. Wer viele Jahre Beiträge gezahlt hat, dem steht länger als ein Jahr Arbeitslosengeld zu. Arbeitsangebote sollen die Qualifikation berücksichtigen und tariflich bezahlt werden. Die Verschlechterungen durch die „Hartz-Gesetze“ müssen zurückgenommen werden."

Gründungsaufruf: "DIE LINKE will eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen, vor allem im Öffentlichen Dienst und im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Sie will eine Wirtschaftsordnung, die allen Menschen die Möglichkeit gibt, sich am Erwerbsleben zu beteiligen. Erzwungene Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt, der oft zu Vereinsamung und Ausgrenzung führt, auch wenn es jenseits der klassischen Erwerbsarbeit sinnvolle Tätigkeiten gibt, die wir fördern wollen. Die Verteilung des gemeinsam erarbeiteten Reichtums soll in erster Linie die lebendige Arbeit belohnen und nicht das tote Kapital. Eine Wirtschaftspolitik nach dem Vorbild skandinavischer Staaten verbindet einen hohen Beschäftigungsstand mit einem dicht geknüpften sozialen Netz."

"DIE LINKE widersetzt sich dem sozialen Kahlschlag. Sie will den Sozialstaat verbessern und die Systeme der sozialen Sicherheit so erneuern, dass sie den Herausforderungen der Zukunft in einer sich verändernden Arbeitswelt standhalten. Sie sollen auf einer Bürgerversicherung beruhen, die durch eine Abgabe auf alle Einkommen finanziert wird. Mit der Bürgerversicherung wird die Alterssicherung wieder auf verlässliche Füße gestellt. Die Vermeidung von Altersarmut der Rentnerinnen und Rentner und der Kampf gegen die immer ungleicher werdende Einkommensverteilung im Alter stehen dabei im Mittelpunkt. Ein gesetzlicher Mindestlohn und eine repressionsfreie soziale Grundsicherung sollen allen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, auch denen, die nicht lange genug in die Sicherungssysteme einzahlen konnten. Die Schutzrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen ausgebaut werden. Dabei orientiert sich DIE LINKE am Leitbild eines

demokratischen Sozialstaates und tritt für soziale Mindeststandards ein, die gegen Armut schützen und die die Teilhabe an der Demokratie ermöglichen."

AKL: "1. Millionärssteuer zur Beseitigung von Armut: Die Bundesrepublik ist reich. Auf über 4000 Milliarden Euro summiert sich derzeit das private Geldvermögen. Allerdings sind es nur sehr wenige, die über dieses Geld tatsächlich verfügen. Allein die reichsten ein Prozent der Bevölkerung besitzen über die Hälfte davon. Würde das Geldvermögen dieser superreichen Oberschicht mit einer Geldvermögenssteuer von 5 Prozent belegt, ergäbe das für die öffentliche Hand Einnahmen von über 100 Milliarden Euro pro Jahr. 4,4 Millionen ALGII-EmpfängerInnen müssen derzeit zusammen von etwa 26 Milliarden Euro jährlich leben. Jeden von ihnen mit einem Grundeinkommen von 1.200 Euro je Monat auszustatten, würde Mehrausgaben von 37 Milliarden Euro verursachen. Das wäre mit der Millionärssteuer spielend zu decken, wobei noch Geld für höhere Bildungsausgaben, für öffentliche Investitionen und für einen Ausbau öffentlicher Beschäftigung verfügbar bliebe.

2. Grosse Erbschaften besteuern statt Schuldenabbau durch Sozialraub: Die Schulden aller öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik belaufen sich derzeit auf etwa 1.400 Milliarden Euro. Grosse Teile der Steuereinnahmen können nicht für sinnvolle Ausgaben verwandt werden, weil sie für die Zahlung von Zins- und Zinseszins verschleudert werden. Insofern ist die Forderung nach Reduzierung des öffentlichen Schuldenstands nachvollziehbar. Allerdings: Die Schulden der öffentlichen Hand sind zugleich private Vermögen. Diese Vermögen wurden zum größten Teil nicht erarbeitet, sondern von Generation zu Generation weitervererbt und durch akkumuliertes Vermögenseinkommen vermehrt. Das betrifft insbesondere die Vermögen jener 760.000 reichsten BürgerInnen, die über mehr als 1 Million Euro Nettogeldvermögen verfügen. Würde dieses Geldvermögen der Reichsten, soweit es die Eine-Million-Grenze übersteigt, mit 100 Prozent Erbschaftssteuer belegt, wäre die öffentliche Hand nach nur einem Generationenwechsel schuldenfrei. Ohne eine einzige Sozialkürzung und ohne Einschnitte bei über 99 Prozent der Bevölkerung.

3. Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich: Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit sind seit Jahren Ziel einer großen Offensive der Unternehmer und ihrer Verbände und der neoliberalen Politik. Die Arbeit ist zu teuer ist der Schlachtruf, der in die Köpfe der Menschen geimpft wird. In Wahrheit geht es um die Verbesserung der Profitrate der Kapitaleigner. Der Kampf um die Arbeitszeit und die Höhe der Einkommen hat den Kapitalismus immer geprägt. Auch heute wird darum die wichtigste gesellschaftliche Auseinandersetzung stattfinden, bei der die Linke ohne Abstriche auf der Seite der

Lohnabhängigen steht. Sie ist für deutliche Lohnsteigerungen. Sie ist für den Beibehalt der kollektiven und durch Umlagen finanzierten sozialen Sicherungssysteme. Sie verteidigt die vollwertigen, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse und fordert die Abschaffung des gesamten Gesetzeskomplexes, der unter dem Namen Hartz IV bekannt ist. Die Linke ist für radikale Umverteilung der Arbeit bei vollem Lohnausgleich. Sie ist für ein neues Arbeitszeitgesetz, dass die Wochenarbeitszeit herabsetzt und Überstunden drastisch begrenzt. Die Linke setzt sich für eine systematische Kontrolle der Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung in den Betrieben durch gewerkschaftliche und betriebliche Strukturen ein. Die Linke ist für ein Verbot von Massenentlassungen. Gleichfalls abzulehnen ist die Verlängerung der Lebensarbeitszeit als verdeckter Angriff auf die Höhe der Renten.

4. Jobvernichtung bestrafen statt fördern: Die Löcher in den Sozialkassen, insbesondere bei Rente und Gesundheit, rühren nicht aus steigenden Ausgaben, sondern aus der Vernichtung sozial-versicherter Beschäftigung. Allein die großen Konzerne haben seit Mitte der 90er Jahre in der Bundesrepublik über eine Million Arbeitsplätze vernichtet. Sie haben damit nicht nur unzählige Männer, Frauen und Kinder in soziale Not gestürzt, sondern sich zugleich um viele Milliarden Euro Einzahlungen in die Sozialkassen gedrückt. Das muss nicht so sein. Würden die von einem Unternehmen zu zahlenden Sozialabgaben die Anzahl der vernichteten Arbeitsplätze in Rechnung stellen, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der gesamten Wertschöpfung im Konzern, würden Stellenstreichungen erheblich weniger lukrativ. Wer viel entlässt oder ganze Betriebsteile schließt, müsste am Ende überproportional in den Sozialtopf einzahlen und könnte so die durch die Entlassungen entstehenden sozialen Kosten wenigstens nicht mehr auf die Gemeinschaft abwälzen.

5. Schluss mit der Zweiklassen-Medizin: Gesundheitliche Versorgung ist ein elementares Menschenrecht. Wir fordern eine gesetzliche Vollversicherung für Krankheit und Invalidität, in die jeder nach Maßgabe seines Einkommens einzahlt und die im Bedarfsfall alle entstehenden Kosten übernimmt. Eine tatsächliche Reduzierung der Kosten wird nicht durch Leistungskürzungen, sondern durch eine gesetzliche Limitierung der Arzneimittelpreise auf Kosten der Pharmaprofite erreicht. Für Pharmakonzerne wie für private Versicherungen ist Krankheit heute ein profitables Geschäft. Je weniger Leistungen die gesetzlichen Kassen abdecken, desto stärker werden PatientInnen zu selbstzahlenden KundInnen, die entsprechend ihrer Kaufkraft behandelt werden. Der persönliche Geldbeutel entscheidet damit auch über Lebenschancen. Solche Verhältnisse sind inhuman. Die Logik von Markt und Profit hat in essentiellen Bereichen des menschlichen Lebens nichts zu suchen. Private Zuzahlungen und private Krankenkassen bewirken Ungleichheit und Entsolidarisierung; sie gehören abge-

schaft.

6. Finanzhaie brauchen Kontrolle und Regulierung: Das Finanzgebaren der großen Banken schlägt dem Gemeinwohl ins Gesicht. Während kleine und mittlere Unternehmen für ihre Investitionen kaum noch Kredite bekommen, werden Milliarden in die Finanzierung von Fusionen und Übernahmen gepumpt, die Arbeitsplätze vernichten und die Konzentration wirtschaftlicher Macht weiter erhöhen. Extrem hohe Überziehungs- und Konsumentenkreditzinsen tragen ebenfalls dazu bei, Kaufkraft abzuwürgen und Nachfrage zu verringern. Drei Millionen Haushalte in Deutschland sind bereits überschuldet. Rahmenvorgaben für Kredit- und Guthabenzinsen tun daher ebenso Not wie die gesetzliche Verpflichtung der Banken, einen festgelegten Mindestanteil ihrer Einlagen in Form von Kleinkrediten zu niedrigen Zinsen an mittelständische Unternehmen zu vergeben. Die Stärkung des öffentlichen Sparkassensektors gegenüber privaten Banken erleichtert die Umsetzung solcher Forderungen."

SL: "Grundsätzlich begrüßen wir Linke also Produktivitätsfortschritt, denn sowohl bessere Güterversorgung als auch mehr Zeitwohlstand nutzen den Menschen. Deshalb fordert die neue Linke öffentlich regulierte Nachfragepolitik sowie kollektive Erwerbsarbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich. Denn die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit – auch die unbezahlte Arbeit in Familien und anderen Gemeinschaften – muss möglichst gleichmäßig auf alle Arbeitsfähigen verteilt werden, anstatt die einen zur Überarbeit zu verdammen und die anderen von der Erwerbsarbeit auszuschließen."

"Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen – das wollen wir als neue Vollbeschäftigung."

"Die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit ist daher die zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung und Bedingung sozialen Fortschritts."

"Alternative Wirtschaftspolitik muss die inländische Nachfrage stärken und für ein sozial und ökologisch gesteuertes, qualitatives Wachstum sorgen. Die Sozialistische Linke fordert deshalb ein groß angelegtes öffentliches Zukunfts- und Investitionsprogramm in Bildung, soziale, ökologische und Verkehrsinfrastruktur. Die öffentliche und öffentlich finanzierte Beschäftigung in diesen Bereichen ist massiv auszuweiten."

"Mehr Wachstum und Beschäftigung durch eine alternative Wirtschaftspolitik stärken zugleich die Position der Lohnabhängigen im alltäglichen Klassenkampf."

"Nur wenn die Löhne regelmäßig zumindest so stark steigen wie Produktivität plus Preise, entsteht genügend Kaufkraft für mehr Arbeitsplätze."

Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich auf Gruppen konzentriert, die besonders schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Wir wollen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufbauen, in dem ihnen sinnvolle und tariflich bezahlte Arbeitsplätze angeboten und zugleich soziale, kulturelle und ökologische Bedarfe befriedigt werden, die der Markt nicht abdeckt."

"Es ist ein Skandal, wie in der Gesellschaft Erwerbslose drangsaliert und die Opfer einer sozial rücksichtslosen Wirtschaftsordnung zu Schuldigen gestempelt werden. Die Verschlechterungen durch die "Hartz-Gesetze" müssen zurückgenommen werden. Zumutbare Arbeitsangebote müssen die Qualifikation berücksichtigen und tariflich bezahlt sein."

"Die Forderung nach bedingungslosem Grundeinkommen für alle verkennt die zentrale Bedeutung der Erwerbsarbeit und lenkt von der Aufgabe des Abbaus der Arbeitslosigkeit ab."

"Wir lehnen sie als desorientierend ab und fordern stattdessen eine bedarfsgerechte soziale Grundsicherung. Deren Leistungsniveau muss deutlich höher und die Anspruchsvoraussetzungen müssen deutlich großzügiger und repressionsfreier als heute sein.

Wir wollen sichere und auskömmliche Renten, die eine weitgehende Erhaltung des erarbeiteten Lebensstandards ermöglichen. Finanzielle Belastungen durch einen wachsenden Anteil Älterer an der Bevölkerung müssen solidarisch von allen getragen werden, statt sie einseitig durch Rentenkürzungen abzuwälzen."

7. Internationale Politik – Frieden – Europa

Mit Ausnahme der Emanzipatorischen Denkanstöße messen alle hier diskutierten Positionspapiere einer verantwortlichen Politikgestaltung jenseits des Nationalstaates einen hohen Stellenwert bei. Große Übereinstimmung findet sich dabei auch in der Herangehensweise: Internationale Politik wird in Abgrenzung zum herrschenden Verständnis gerade nicht als Verlängerung nationaler Interessen in die internationale Sphäre begriffen. Vielmehr werden auch hier die Dominanz weltweiter Kapitalinteressen und die resultierenden Strukturen ökonomischer und sozialer Ungleichheit ins Zentrum gerückt.

Hieraus begründet sich auch eine kritische Sicht auf die aktuelle Ausrichtung der EU, wengleich das Projekt eines vereinten Europa bejaht wird.

Unterschiede bestehen allerdings in der Haltung zu internationalen Militäreinsätzen. Während Marxistisches Forum und Programmatische Eckpunkte diese kategorisch ablehnen und eine deutliche Linie zwischen Mitteln der Politik und Kriegsbeteiligungen jeder Art

ziehen, wie sich auch die AKL mittelfristig für eine "strukturelle Nichtsanktions- und Nichtinterventionsfähigkeit Deutschlands" ausspricht, formulieren die übrigen Papiere moderater. Hier wird eine generelle Verurteilung imperialistischer Kriege und von Gewalt, wie auch ein eindeutiges Votum für Friedenspolitik und Konfliktprävention festgehalten. Eine konkrete Aussage zu NATO-Einsätzen und UN-Mandat wird jedoch nicht getroffen.

Marxistisches Forum: "Erneut wird darüber gestritten werden, ob Gewaltanwendung als Mittel der internationalen Politik strikt abzulehnen ist oder ob sie als "ultima ratio" bejaht werden soll. Gewaltanwendung als "ultima ratio" wäre allerdings nichts anderes als die Preisgabe unserer bisherigen friedenspolitischen Positionen. Das gilt auch für ein auf das Völkerrecht einschließlich der Menschenrechte gestütztes militärisches Vorgehen. Im Programm der PDS von 2003 heißt es: "Die PDS tritt dafür ein, den universellen Menschenrechten durch die Stärkung und Achtung der internationalen Gerichtsbarkeit, durch den Dialog der Kulturen und Zivilisationen in allen Ländern Geltung zu verschaffen. Die Menschenrechte dürfen nicht als Vorwand für Militärinterventionen benutzt werden."

"Eine autonome friedenspolitische Position schließt es aus, im Rahmen unterschiedlicher kapitalistischer Machtinteressen Partei zu ergreifen, verlangt aber, Ursachen für Widersprüche zu analysieren und die Analyse politisch zu nutzen. Das schließt ein, in der Friedensarbeit Bündnispartner unter bürgerlichen Politikern zu suchen. Friedenspolitik muss erstens Aufklärung und zweitens Mobilisierung gegen Krieg und für Abrüstung sein. Abrüstungsfortschritte lassen sich nur erreichen, wenn es gelingt, die Sinnhaftigkeit der gegenwärtigen Kriege im Bewusstsein der Bevölkerung nachhaltig zu erschüttern. Eine politische Kraft, die dazu beitragen will, benötigt friedenspolitische Grundsätze ohne Wenn und Aber. Die Motive all derjenigen, die Militäreinsätze als "ultima ratio" für denkbar halten, sind sicher unterschiedlicher Natur. Ein Motiv ist von besonderem Gewicht: Eine Partei, die pauschal Militäreinsätze ablehnt, ist für Regierungsbeteiligung auf nationaler Ebene nicht tauglich."

AKL: "Bundeswehreinsetze im Ausland, mehr als vierzig Jahre tabu, sind bereits unter der rot-grünen Bundesregierung wieder zur Normalität geworden. Über 7000 deutsche Soldaten befinden sich derzeit weltweit im Einsatz, von Sarajewo bis Kabul. Am Irak-Krieg war Deutschland umfangreich und unterstützend beteiligt, im Iran wird heute aktiv mitgezündelt. Engagiert wirkt die Bundesrepublik darauf hin, NATO und EU-Eingreiftruppen aufzubauen. Die deutschen Rüstungsexporte boomen."

"7. Frieden und Abrüstung statt Staatsterrorismus: Kriege werden nicht für Menschenrechte, sondern um Rohstoffe und Energiequellen geführt. Rüstung ist ein glänzendes Geschäft. Auch Wiederaufbauverträge nach den Kriegen bringen Milliardenprofite. Deshalb gehören US-amerikanische und westeuropäische Konzerne zu den Profiteuren, aber auch den treibenden Kräften, wenn es um die Vorbereitung neuer Kriegsabenteuer geht. Wir setzen uns für die Beendigung der Militarisierung der deutschen und EU-Außenpolitik sowie die Auflösung der NATO ein. Wir fordern die Einhaltung des in der UN-Charta verankerten Gebots des Gewaltverzichts in den internationalen Beziehungen und kämpfen für den Verzicht auf Auslandseinsätze der Bundeswehr. Dazu gehören auch deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen. Unser mittelfristiges Ziel ist die strukturelle Nichtangriffs- und Nichtinterventionsfähigkeit Deutschlands, verbunden mit einem wirksamen Abrüstungs- und Friedensprojekt. Militärbasen, die die Infrastruktur für die Auslandseinsätze der Bundeswehr stellen, müssen geschlossen werden. Das gleiche gilt für alle Militärbasen der USA, Großbritanniens und der NATO in Deutschland, die zur Führung völkerrechtswidriger Kriege und zur Verschleppung von Gefangenen genutzt wurden und werden. Die EU und Deutschland müssen auf alle Atomwaffenoptionen grundsätzlich verzichten und alle in Deutschland stationierten Atomwaffen müssen abgezogen werden."

Programmatische Eckpunkte: "Das 21. Jahrhundert hat begonnen, wie das 20. endete: mit Kriegen. Zahlreiche Kriege in aller Welt haben hunderttausenden Menschen das Leben geraubt. Regionale und lokale Konflikte, der Kampf um Naturressourcen und Märkte bergen die Gefahr eines weltweiten Flächenbrandes in sich. Erstmals verschlingen die Rüstungsausgaben der Staaten über eine Billion US-Dollar jährlich. Rüstung tötet bereits im Frieden."

"Frieden und internationale Politik

Außen- und Friedenspolitik von Linken hat ihre Grundlage im Recht, insbesondere dem Völkerrecht, strebt nach globaler Gerechtigkeit und der Verwirklichung der Menschenrechte, verlangt die weltweite Ächtung von Massenvernichtungswaffen und konsequente Abrüstung und tritt für die Demokratisierung der internationalen Beziehungen ein. Das Ziel der Charta der Vereinten Nationen, eine Welt ohne die Anwendung und Androhung von Gewalt zu erreichen, erfordert eine weitere Stärkung und Reformen der UNO, mehr Rechte der Vollversammlung gegenüber den Ansprüchen der Welt- und Großmächte. Menschenrechte müssen universell gelten, Verschleppungen, geheime Gefängnisse und Folter sind weltweit zu ächten.

Die Linke ist Teil der Friedensbewegung, der weltweiten Bewegungen der Globalisierungskritik, der Sozialforen, der Gewerkschaften, der internationalen Hilfe und Selbsthilfe. Als Teil der Partei der Europäischen Linken wollen wir eine enge Zusammenarbeit mit linken Parteien und Bewegungen in aller Welt entwickeln.

Deutsche Politik muss Friedenspolitik werden. Die Bundeswehr darf nicht weiter für Militärinterventionen eingesetzt werden. Militärbündnisse wie die NATO wollen wir überwinden und eine Militarisierung der EU stoppen. Deutschland soll auf die Entwicklung und die Produktion neuer Angriffswaffen verzichten, Rüstungsexporte verbieten, die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland aufkündigen und Abrüstung zur Staatsaufgabe machen, auch durch mutige einseitige Schritte.

Friedens- und Entwicklungspolitik in Zeiten der Globalisierung

Der gesellschaftliche Reichtum könnte heute und in der Zukunft allen Menschen in aller Welt ein Leben in Würde, frei von Hunger und Armut, in kultureller Vielfalt und mit hoher Bildung ermöglichen. Die Naturressourcen wie Öl, Gas, Wasser und Boden müssen dafür gerecht verteilt und gemeinsam genutzt werden. Die Menschheit verfügt über das Wissen und die Instrumente, Ökonomie und Ökologie in Übereinstimmung zu bringen, die Klimakatastrophe zu stoppen. Die Geißel des Krieges und der Gewalt würde im 21. Jahrhundert zur Vergangenheit, Abrüstung und Frieden hingegen zur Realität. Die globalen Herausforderungen der Menschheit sind lösbar.

Die neoliberale Globalisierung jedoch hat eine Spur der Zerstörung durch alle Teile der Welt gezogen. Mit dem Argument der Globalisierungszwänge wurden soziale und ökologische Standards zerschlagen, Beschränkungen der Finanzmärkte eingerissen, Produktionsstätten vernichtet und nationale Ökonomien untergraben. Die Radikalität der Märkte hat zur weltweiten unkontrollierten Herrschaft transnationaler Konzerne geführt. Aber: Vor den tatsächlichen globalen Herausforderungen haben neoliberale Konzepte und Ideologien versagt.

Das 21. Jahrhundert hat begonnen, wie das 20. endete: mit Kriegen. Zahlreiche Kriege in aller Welt haben Hunderttausenden Menschen das Leben geraubt. Regionale und lokale Konflikte, der Kampf um Naturressourcen und Märkte bergen die Gefahr eines weltweiten Flächenbrandes in sich. Erstmals verschlingen die Rüstungsausgaben der Staaten über eine Billion US-Dollar jährlich. Rüstung tötet bereits im Frieden.

Hunger, Armut, Massenkrankheiten, ein ungleicher Zugang zu sauberem Wasser, Energie, Wissen, die Patentierung von Saatgut und heimischen Pflanzen durch internationale Konzerne bringen die Welt immer weiter aus der Balance. Die Klimakatastrophe hat bereits

begonnen.

Ungelöste Konflikte und tiefe Ungerechtigkeiten, besonders im Nahen und Mittleren Osten, haben Terrorismus als globale Gefahr genährt. Der „Krieg gegen den Terror“ hat die Bedrohung verschärft und zur Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen geführt; gewaltige finanzielle Mittel werden zur Vernichtung und nicht zur Entwicklung investiert.

Weltweite Wanderungsbewegungen, Massenflucht und Vertreibung sind Folgen einer Politik, die Millionen Menschen von einem Leben in Würde abschneidet."

"Wir wollen eine andere, die Völker verbindende Internationalisierung der gleichberechtigten Kooperation und die Unterstützung der ärmeren Länder durch die OECD-Staaten – ohne Kriege und militärische Gewaltandrohung, gerichtet auf die Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards im Einklang mit den nationalen Möglichkeiten und auf die Verwirklichung der Menschenrechte rund um die Erde.

Die Linke in Deutschland engagiert sich für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung; für Schritte zur Kontrolle und Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Sie leistet Widerstand gegen die weitere Verwandlung öffentlicher Güter in Marktobjekte. Notwendig ist eine umfassende Entschuldung armer Länder, die Anhebung der Entwicklungshilfe in den nächsten Jahren auf über 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts, eine Demokratisierung von internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank.

Das Ziel der Charta der Vereinten Nationen, eine Welt ohne die Anwendung und Androhung von Gewalt zu erreichen, erfordert eine weitere Stärkung und Reformen der UNO, mehr Rechte der Vollversammlung gegenüber den Ansprüchen der Welt- und Großmächte.

Weltweite Abrüstung und eine umfassende Ächtung aller A-, B- und C-Waffen gehören auf die internationale Tagesordnung.

Die Europäische Union – sozial, zivil und demokratisch

Die Linke tritt dafür ein, dass sich die EU von einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu einer europäischen Beschäftigungs-, Sozial-, Umwelt- und Friedensunion entwickelt. Dies würde Stabilität und Sicherheit befördern und die Lebensverhältnisse in Europa angleichen.

Die Europäische Union hat den Nationalstaat nicht überflüssig gemacht. Der Nationalstaat soll wieder zu einem rechtlichen, sozialen, kulturellen und politischen Faktor werden, in dem sich soziale Sicherheit und Demokratie durchsetzen können. Nationalstaaten und Europäische Union müssen ein neues Verhältnis eingehen. Der Schlüssel dafür ist die Demokratisierung der Nationalstaaten und der EU.

Die Europäische Union darf ihre Grenzen nicht weiter gegenüber der Welt, gegenüber Menschen in Not abschotten. Europäische Initiativen gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Nationalismus fördern in der Zivilgesellschaft demokratische Entwicklungen und können die Politik der Staaten verändern. Das europäische Asyl- und Zuwanderungsrecht muss verbessert werden.

Die Partei der Europäischen Linken, deren Mitglied wir sind, ist ein neuer Faktor im politischen Leben Europas."

"Zu den wichtigen Fragen, die sowohl unter Linken als auch in der Öffentlichkeit weiter diskutiert werden sollten, gehören: Unter welchen Bedingungen können und sollen internationale Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der UN in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonstellationen zu einer Rückkehr der friedlichen Entwicklung beitragen?

Welcher Zusammenhang, welche Widersprüche bestehen zwischen Gerechtigkeit und Menschenrechten? Wie soll sich die Linke zur weiteren Erweiterung der EU, zur Aufnahme der Türkei, zur Niederlassungsfreiheit positionieren?"

Gründungsaufruf: "DIE LINKE setzt auf das friedliche Zusammenleben der Völker. Sie will, dass Außenpolitik Friedenspolitik ist und fordert eine präventive Politik zur Konfliktvermeidung. Sie verurteilt imperialistische Kriege um Absatzmärkte und Rohstoffe und verteidigt das Recht der Völker, selbst über die Nutzung ihrer Reichtümer verfügen zu können. Sie besteht auf der Einhaltung des Völkerrechts und des Atomwaffensperrvertrages. So lange die Atommächte ihre nuklearen Arsenale nicht abrüsten, werden sich andere Staaten Atomwaffen zulegen."

"DIE LINKE will ein vereintes Europa. Ihr ist bewusst, dass die Verwirklichung dieser Vision nur auf einer sozialstaatlichen Grundlage gelingen kann. Das Zusammenleben der Europäerinnen und Europäer sollen Verträge und Gesetze regeln, die den Dumping-Wettbewerb zwischen den Ländern unterbinden, indem sie Mindeststandards für Grundrechte, Löhne, soziale Leistungen, Steuern und Umweltschutz vorschreiben."

"Die Antwort auf die Europäisierung der politischen Auseinandersetzungen und der sozialen Kämpfe ist eine europäische Linkspartei, die die politische Alternative zum Europa der Neoliberalen entwickelt."

SL: "Wir müssen den Verbrauch von Rohstoffen und Energie und den Ausstoß von Schadstoffen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten drastisch vermindern."

"Die Ordnung der Weltwirtschaft und insbesondere der Finanzmärkte muss grundlegend

reformiert werden. Es geht nicht um nationale Abschottung, sondern um soziale und ökologische Gestaltung in demokratischer Kontrolle. Insbesondere die Aktivitäten transnationaler Konzerne müssen strengen Regeln und Kontrollen unterworfen werden."

"Weltweit müssen soziale und ökologische Mindeststandards eingehalten werden. Ärmere Länder müssen dabei unterstützt werden."

"Die EU muss eine demokratische, soziale und zivile Macht werden, die international für die Beachtung sozialer und ökologischer Standards, für gemeinsame Anstrengungen zur Bewältigung der globalen Probleme und für solidarische Unterstützung der ärmeren Länder und ihrer Entwicklung eintritt. Hoher Beschäftigungsstand und soziale Rechte müssen Vorrang vor kapitalorientierter Liberalisierung haben."

"Imperiale Politik, die Missachtung und willkürliche Unterordnung der Interessen anderer Nationen lehnen wir ab. Die Vereinten Nationen und die anderen internationalen Organisationen müssen demokratisiert werden. Menschenrechte und Völkerrecht müssen von allen beachtet werden. Interessen müssen mit friedlichen Mitteln verfolgt werden. Von deutschem bzw. europäischem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Wir setzen uns für das Verbot und die Vernichtung von Massenvernichtungswaffen, für weltweite Abrüstung und Gewaltverzicht ein. Zudem fordern wir eine Intensivierung der Konfliktforschung und die Entwicklung ziviler Konfliktlösungsstrategien."

A&W: "Das gilt unter heutigen Bedingungen nicht nur für Bund, Länder und Kommunen in Deutschland – es gilt erst recht für die Europäische Union und für den Kampf um soziale Standards für die Globalisierung. Es ist richtig und wichtig, dass das Zusammenleben der Europäerinnen und Europäer durch Verträge und Gesetze geregelt werden muss, die den Dumping-Wettbewerb zwischen den Ländern unterbinden, indem sie Mindeststandards für Grundrechte, Löhne, soziale Leistungen, Steuern und Umweltschutz vorschreiben. Mit dieser Position werden wir uns konstruktiv und engagiert an den neuen Debatten um eine Europäische Verfassung beteiligen. Es muss verhindert werden, dass der gescheiterte Verfassungsvertrag durch Tricks der Regierenden im Wesentlichen unverändert und ohne soziale Grundaussagen doch noch durchgesetzt wird."

"Großes einigendes Thema der Linken ist das friedliche Zusammenleben der Völker. Außenpolitik muss Friedenspolitik sein; präventive Konfliktvermeidung muss zum elementaren Grundsatz der internationalen Politik werden. Wir bestehen auf der Einhaltung des Völkerrechts und des Atomwaffensperrvertrages durch alle Staaten. Beschaffung, Drohung mit und erst recht der Einsatz von Atomwaffen müssen geächtet bleiben. Wir

verurteilen imperialistische Kriege um Absatzmärkte und Rohstoffe und verteidigen das Recht der Völker, selbst über die Nutzung ihrer Reichtümer verfügen zu können und ihren eigenen Weg zu Demokratie und Menschenrechten zu gehen."

Quellenverzeichnis:

Programmatische Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland. Diskussionsgrundlage der gemeinsamen Programmkommission von Linkspartei.PDS und WASG, Februar 2006. (zitiert: **Programmatische Eckpunkte**)

Aufruf zur Gründung einer neuen Linken, Juni 2006. (zitiert: **Gründungsaufruf**)

Für eine antikapitalistische Linke. (zitiert: **AKL**)

Freiheit und Sozialismus – Let's make it real. Emanzipatorische Denkanstöße für die neue linke Partei. (zitiert: **Emanzipatorische Denkanstöße**)

Sozialistische Linke: realistisch und real! (zitiert: **SL**)

Eine Antwort auf die Programmatischen Eckpunkte für eine neue Linke, März 2006. (zitiert: **Marxistisches Forum**)

Anmerkungen zum Eckpunktepapier und zum Aufruf zur Gründung einer neuen Linken. Landesfachkommission Frauen in der WASG Niedersachsen, Juni 2006 (zitiert: Landesfachkom. Frauen)

Abschied und Wiederkehr. Aufruf aus der PDS zur neuen Linkspartei in Deutschland, Juli 2006 (zitiert: A&W)